

Ein halbes Jahrhundert des Erfolges

Der ökonomische
Aufstieg Österreichs
seit 1950

bearbeitete Neuauflage 2002

Von Anton Kausel



Ein halbes Jahrhundert des Erfolges

Der ökonomische Aufstieg Österreichs seit 1950

bearbeitete Neuauflage 2002

Von Professor Anton Kausel

Herausgegeben von Reinhard Göweil

2002

Ein halbes Jahrhundert des Erfolges

Der ökonomische Aufstieg
Österreichs seit 1950

bearbeitete Neuauflage 2002
Von Professor Anton Kausel

Prof. Dr. Anton Kausel, von 1956 bis 1973 im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und dann bis 1984 im Österreichischen Statistischen Zentralamt, dessen Vizepräsident er ab 1981 war, insbesondere für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zuständig, ist längst eine lebende Legende: Sein Name stand und steht für die unbändige Zuversicht, mit der er seit jeher die Leistungsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft beurteilt.

Als Beweis angeführt hat er im Laufe der letzten Jahrzehnte eine lange Reihe von internationalen Vergleichen, wie sie in besonders unfassender Form in der vorliegenden Arbeit angestellt werden.

Deren allererste Vorläuferin war der Artikel „Wachstumskrise – eine bloße Episode!“, erschienen am 8. September 1967 in den „Finanznachrichten“. Die bisher detaillierteste Veröffentlichung war dann die 1985 im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei erschienene 88seitige Abhandlung: „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt im Spiegel der Statistik“. Die in vorliegender Publikation zusammengetragenen Daten wurden erstmals im Jahr 1991 in einer Artikelserie unter dem Titel „40 Jahre 'Wirtschaftswunder' – Der Aufstieg Österreichs vom Nachzügler zur Industrienation höchster Ordnung“ publiziert. Diese Artikelserie bewog die Oesterreichische Nationalbank, den Autor zu einer Aktualisierung seiner Datenreihen einzuladen und für die Veröffentlichung dieser Studie („Vier Erfolgsdezennien – Der ökonomische Aufstieg Österreichs im OECD – Raum von 1950 bis 1991“) als Sondernummer der „Finanznachrichten“ sowohl finanzielle als auch technische Hilfestellung zu geben. Eine „ergänzte Auflage“ (ergänzt mit den Daten für 1992) und eine in englischer Sprache übersetzte Fassung sind 1993 erschienen.

In der nun vorliegenden, weitgehend überarbeiteten und ergänzten Auflage, wird der Nachweis geführt, dass auch die 90er Jahre eine erfolgreiche Fortsetzung der österreichischen Wirtschaftsentwicklung gebracht hat. Bestätigt wird somit durch die aktuellsten OECD – Zahlen, was die vielen österreichischen Zweifler Hofrat Kausel immer wieder im nachhinein konzedieren mussten: dass seine bisweilen belächelte Zuversicht durchaus angebracht gewesen war ...

Sondernummer der Finanznachrichten

Herausgegeben von Reinhard Göweil
Landstraße 38
2464 Göttlesbrunn
E-Mail: financenews@aon.at
Tel & Fax: 02162-20012

Verlagsort: Göttlesbrunn
Herstellungsort: Wien

Text: Anton Kausel
Redaktion: OeNB

Grafik: andics@netway.at



Frühjahr 2002

Geleit

Die gute Aufnahme durch die Leserschaft und der bevorstehende Abschluss der Umstellung auf den Euro sind gute Gründe, die Bilanz über den „ökonomischen Aufstieg Österreichs seit 1950“ auf den neuesten Stand zu bringen.

Die ersten drei Jahre mit dem Euro haben gezeigt, dass die konsensorientierte österreichische Wirtschaftspolitik auch in dem neuen europäischen Umfeld ein Modell ist, das wirtschaftspolitische Reformen kontinuierlich und weitgehend spannungsfrei ermöglicht.

Es ist vor allem der in der Publikation angestellte Langzeitvergleich, der uns beweist, dass hinter kurzfristigen Rückschlägen und temporären Problemen eine grundsätzlich positive Entwicklung steht, die letztlich ein Spiegelbild des steigenden Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit unseres Landes ist.

Der Beitrag, den die Oesterreichische Nationalbank zu dieser Erfolgsgeschichte geleistet hat, kann erst dann bewertet werden, wenn wir weit genug in die Vergan-

genheit zurückgehen. Denn schon in den siebziger Jahren hat sich in Österreich – im Gegensatz zu den damals dominierenden geldtheoretischen Strömungen – ein währungspolitisches Konzept durchgesetzt, das im Interesse der Stabilitätspolitik einer kleinen, offenen Volkswirtschaft auf ein Wechselkursziel abgestimmt war, nämlich auf die D-Mark als (spätere) Ankerwährung des Europäischen Währungssystems.

Die Oesterreichische Nationalbank unterstützt daher die Publikation einer von Prof. Dr. Anton Kausel verfassten Studie, die als Sonderausgabe der wirtschaftspolitischen Zeitschrift „FINANZNACHRICHTEN“ erscheint. Die in den Jahren 1992 und 1998 verfassten Versionen werden damit der Öffentlichkeit in einer aktualisierten und neu bearbeiteten Form vorgestellt.

*Adolf Wala
Präsident der
Oesterreichischen Nationalbank*

Die wohltuende Wirkung von Fakten

Die vorliegende Neuauflage des „Kausel-Klassikers“ ist neben der umfassenden Aufarbeitung der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes eine Stimme der Vernunft in einer Welt, die manchmal außer Rand und Bank gerät. Sie zeigt, dass Österreich weder ein Ungeheuer ist, als das es manchmal in der Welt herum gereicht wird, noch eine selige Insel, auf der die Welt Probe hält. Österreich ist schlicht und einfach – gemessen an der Entwicklung seit 1945 – eines der erfolgreichsten Industrieländer der Welt.

Wie ist dieser Erfolg zu halten? Kann man immer erfolgreich sein?

Man kann sich bemühen es zu sein, und wer immer strebend sich bemüht, der wird langfristig auch bestehen.

Wie könnte das gehen?

Nun, mit Weltoffenheit ist Österreich immer gut gefahren. Die Zeiten eines dumpfen Nationalismus waren immer eine Plage für das Land. Wer die Inhalte dieses Heftes studiert, wird erkennen, dass ein guter Teil der wirtschaftlichen Erfolge der jüngsten Vergangenheit auf der Erweiterung der Europäischen Union beruht. 2004 wird – wenn der Fahrplan hält – die Union in Richtung Osten wachsen und dort sitzen bereits die heimischen Banken, Versicherungen, Industriebetriebe und mittlerweile auch Dienstleister wie Anwaltskanzleien, Wirtschaftstreuhand und Makler. Deren Tätigkeit in Osteuropa sichert den Standort Österreich und die hier ansässigen Arbeitskräfte nachhaltig. Kein anderes Reform-Projekt seit 1945 hat so tiefe ökonomische Auswirkungen gezeigt wie der Beitritt zur Europäischen Union. Dass sich damals zwei Drittel der Österreicher für diesen Beitritt ausgesprochen haben, wird in einer immer kurzlebigeren Zeit gerne vergessen. Zu Unrecht, denn dies zeigt ein Österreichertum, das offen und furchtlos auf Herausforderungen zugeht. Erinnern wir uns also daran, dass kaum ein anderes EU-Land mit einer so hohen Akzeptanz Ja zu Europa sagte.

Mit derselben Offenheit wird Österreich die Erweiterung der Union erwarten, denn eines zeigt sich deutlich (und unsere europäischen Partner in Deutschland mögen mir den Vergleich verzeihen): Städte wie Budapest, Prag, Preßburg, Laibach, Zagreb und auch Belgrad sind „österreichischer“ als München, Stuttgart oder Frankfurt. Dass Ungarn auch in absoluten Zahlen mittlerweile zu den Top-Handelspartnern Österreichs zählt, passt ebenso in dieses Bild.

Es zeigt aber auch, dass die österreichische Wirtschaft – und die ist nicht irgend ein abstraktes Gebilde, sondern wird letztendlich von uns allen gebildet – ungeheuer anpassungs- und innovationsfähig ist. Diese Anpassungsfähigkeit kommt uns in den Beitrittsländern zu gute, die Innovationsfähigkeit ist das Rückgrat der Klein- und Mittelbetriebe. Es stellt sich heraus, dass die Innovationskraft in diesem Land statistisch gar nicht einfach zu erfassen ist, weil sie vielfach so organisch in die Unternehmensentwicklung eingebaut ist, dass vieles an Neuem verschämt als „Modernisierungs-“ oder bloße „Erweiterungsinvestition“ in die Statistik eingeht. Sie ist daher tatsächlich höher als in den offiziellen Statistiken aufscheint und wurde erst im Vorjahr für die davor liegende 10-Jahres-Periode nachträglich nach oben korrigiert.

Es soll aber auch nicht ein Bild gezeichnet werden, dass in Wirklichkeit eh alles furchtbar toll ist. Aber die vielen Kundgebungen der „Zentralanstalt für Kulturpessimismus“ namens Österreich lassen oft Dinge entstehen, angesichts denen die Frage im Raum steht, warum Österreich immer noch zu den 10 reichsten Ländern der Welt gehört. (Nicht einmal die exorbitant hohe Steuerquote konnte das bisher verhindern).

Wenn wir also auf die kommenden Jahrzehnte blicken, um das Jahrhundert des Erfolges voll zu machen, so wird dieser Erfolg sicherlich zu einem guten Stück von der Erweiterung, sprich: Weltoffenheit und der anhaltenden Innovationsfähigkeit der Betriebe getragen.

Neben diesen Faktoren gibt es allerdings noch einen nach innen gerichteten, der für die Standortfrage Österreichs von ebenso großer Bedeutung ist, vor allem im vielstimmigen Europa: Selbstbewusstsein, sprich: die genaue Kenntnis und Erkenntnis der eigenen Stärken und Schwächen. „Zum Selbsthass der österreichischen Intellektuellen, die wohligh an der Borniertheit dieses Landes leiden, kommt eine weitverbreitete Haltung, die Österreich prinzipiell einmal mit Provinzialität assoziiert. Diese Haltung wirkt wie eine Prophezeiung, die sich selbst erfüllt: Provinziell gescholten, präsentiert sich das Land als Provinz.“ So beschreibt es der Philosoph Konrad Liessmann im Buch „Wirtschaftsstandort Österreich“ (herausgegeben von Alfred Reiter) und recht viel exakter lässt es sich wohl nicht zusammen fassen.

Mit einem größeren Selbstbewußtsein und einer größeren Achtung vor der eigenen Leistung ließe sich mehr erreichen. Mehr in der heutigen EU der 15, mehr bei unseren Nachbarn im Ost, mehr bei uns selbst. Es gibt wohl einige Standortfaktoren, die wichtig sind, um auch die kommenden Jahrzehnte erfolgreich zu gestalten. Ein wettbewerbsfähiges Steuersystem gehört dazu; sozialer Friede (das bedeutet starke Gewerkschaften) gehört ebenfalls dazu. Selbstbewusstsein und Selbstachtung aber sind ebenso nötig, um in der immer internationaleren Wirtschaft mit Festigkeit zu bestehen.

In den künftigen Jahren wird es einen Ideen-Wettbewerb geben: Wer die bessere Idee hat, wird das Geschäft machen. Kapital und auch Menschen werden immer mobiler. Es ist also notwendig, die eigene Idee nicht gering zu achten. Wer sich ständig gedemütigt vorkommt, wird andere bewundern, die mit wenig Idee großen Aufwand betreiben und selber zurück bleiben. Oder die Idee leichtfertig aufgeben oder abgeben, beides ist von großem Übel und würde den Erfolg in kommenden Jahrzehnten ordentlich versalzen..

Die Achtung vor uns selbst wird uns auch bewahren, in ein Umwelt- und Sozial-Dumping hinein zu laufen, weil es manche (nicht alle) ansiedlungswillige Investoren halt so wollen. Erstens widerspricht solches Tun jeder Nachhaltigkeit, zweitens ist es den folgenden Generationen gegenüber unverantwortlich, drittens wäre dies ein Wettbewerb, den Österreich sowieso nicht gewinnen könnte. Hohe Sozialstandards haben den sozialen Frieden exemplarisch werden lassen: Jeder Konzern, der in Österreich einen Standort hat, lobt die Ausbildung der Mitarbeiter und die soziale Ruhe. Das kam nicht von ungefähr, das war eine österreichische Qualität namens Sozialpartnerschaft.

Hohe Umweltstandards erlauben es Österreich, ein Industrie- und ein Tourismusland zu sein. Auch das schaffen nicht alle. Es ist Professor Kausel zu danken, das er ein Kapitel „Lebensqualität“ in diese Sondernummer der FINANZNACHRICHTEN eingefügt hat, das zeigt, wie großartig im internationalen Vergleich die Leistungen Österreichs auch auf diesem Gebiet bisher waren.

Die vorliegende Fachschrift, die Fakten sprechen lässt, hat zudem den Vorteil, dass viele Angst erzeugende Argumente anhand der gebotenen Tatsachen gewogen und wohl meist für zu leicht befunden werden können. „Tatsachen sind immer erfreulich“, sagte der amerikanische Psychologe Carl Rogers. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen auf den kommenden Seiten viel Erfreuliches.

Ihr

Reinhard Göweil
Herausgeber der Finanznachrichten

I. Die Ursachen

Getreu dem alten Motto „Der Sieg hat viele Väter, nur die Niederlage ist ein Waisenkind“, ist es nicht ganz einfach die wirklichen Ursachen des besonders raschen Aufstiegs Österreichs zu einer Volkswirtschaft auf höchster Entwicklungsstufe aufzuspüren. Fest steht nur, dass es sich um einen **hausgemachten Erfolg** handelt, denn vom Ausland hat Österreich nichts geschenkt bekommen, abgesehen natürlich von der Wiederaufbau – Hilfe im Rahmen des **Marshall – Plans (ERP)** in den Jahren 1948 bis 1951 als Initialzündung, die von Österreich produktiver eingesetzt wurde als von manchen gleichfalls damit bedachten kriegsgeschädigten Ländern Europas.

Der entscheidende Unterschied liegt aber wohl darin, dass schon sehr bald nach Kriegsende in Österreich durch einen **historischen politischen Konsens** der staatstragenden Kräfte ein **gemischt-wirtschaftliches System** geschaffen wurde, das anfangs chaotischen Auswüchsen vorzubeugen hatte, das in der Folge aber auch die Chance bot, schrittweise dem **marktwirtschaftlichen Prinzip** Raum zu geben. **Inflationären Tendenzen** wurde ab 1951 mit sozialpartnerschaftlichem Ausgleich sowie insbesondere mit einer akkordierten **Einkommenspolitik** erfolgreich Einhalt geboten. Kernstück dieser Einkommenspolitik war eine **produktivitätsorientierte Lohnpolitik** der Gewerkschaften, die auf mittlere Sicht Österreich einen Lohnauftrieb, der durch die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung nicht gedeckt gewesen wäre, erspart hat.

Damit wurde schon frühzeitig die wichtigste Vorbedingung für eine zunehmend härter werdende Währungspolitik geschaffen, von deren Richtigkeit anfangs freilich nur wenige überzeugt waren. Umstritten war insbesondere, ob sich der **Austro – Keynesianismus** mit seiner Kombination von – im Bedarfsfall – expansiver Fiskalpolitik, restriktiver Einkommenspolitik und vorsichtiger Kreditpolitik (die mit Elementen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik angereichert waren) mit einem glaubhaften

Hartwährungskurs würde vereinbaren lassen. Mit diesem Austro – Keynesianismus betrat Österreich wirtschaftspolitisches Neuland und wurde in der westlichen Welt zwar misstrauisch, aber mit großer Neugier betrachtet.

Als der Erfolg kaum noch geleugnet werden konnte, richtete sich das Misstrauen zunehmend gegen die **Budgetpolitik**. Doch auch die – im internationalen Vergleich noch immer mäßig – expansive öffentliche Gebarung konnte den harten Währungskurs nie ernsthaft gefährden, weil (was häufig übersehen wird) selbst optisch bedrohlich erscheinende Budgetdefizite aus der **hohen inländischen Geldvermögensbildung** leicht finanzierbar waren und der u. U. bedenklichere Auslandskredit vergleichsweise wenig in Anspruch genommen werden musste (und wenn, dann zu den günstigen Konditionen für bevorzugte **Triple – A – Kunden**).

Nicht zuletzt aber ist der internationale Höhenflug Österreichs einem **überdurchschnittlich kräftigen industriellen Strukturfortschritt** zu verdanken. Wechselwirkungen sind dabei unübersehbar, denn vieles spricht dafür, dass Strukturwandel eine investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung hat und dass er nicht losgelöst von der Einkommenspolitik gesehen werden kann. Die Partizipation der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt und der Verzicht auf eine am Hire – and – fire – Prinzip orientierten Personalpolitik der Unternehmer hat dazu geführt, dass in Österreich nur ganz vereinzelt (vor allem im Bereich der Verstaatlichten Industrie) der Versuch unternommen wurde, die Einführung von effizienteren Technologien zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Es ist weiters naheliegend, dass **ein Hartwährungskurs den Strukturwandel beschleunigt** („Innovationspeitsche“), wogegen Weichwährungsländer veraltete Struktur länger mit-schleppen können.

So gesehen ist die **harte Währung der entscheidende wirtschaftspolitische Faktor** – vorausgesetzt natürlich, dass man sie sich leisten kann.

Und leisten kann man sie sich, wenn die **Rahmenbedingungen** dafür verwirklicht sind: eine vorsichtige Einkommenspolitik, eine solide Budgetpolitik, die weder den Kapitalmarkt überfordert, noch die Neuverschuldung für Konsumzwecke missbraucht, eine Strukturpolitik, die den autonomen Strukturwandel nicht durch Erhaltungssubventionen verzögert, sowie schließlich eine Politik der freien Märkte.

1. Die österreichische Stabilitätspolitik

Rückblickend kann als gesichert gelten, dass die Politik des harten, seit 1973 an der stabilen D-Mark orientierten Schillings die derzeitige **internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie** begründet hat; ohne Stabilitätspolitik hätte Österreich vermutlich niemals vergleichbare moderne Industrienationen wirtschaftlich überflügeln können.

Auch im wirtschaftshistorischen Wettbewerb zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen der Schweiz und Schweden, **fällt der langfristige Leistungsvergleich unbestreitbar zugunsten der jeweiligen Hartwährungsnation** aus. Es gibt kein empirisches Beispiel, das auf die Dauer den nachhaltigen Erfolg einer Weichwährungslinie dokumentieren würde. Nicht einmal Italien kann als Gegenbeispiel angeführt werden, denn das italienische „**Miracolo economico**“ war im Zeichen der 1948 geschaffenen harten Lira gestanden, und es endete ziemlich schlagartig mit der Preisgabe der fixen Wechselkurse („Ende von Bretton Woods“, 1971).

Heute wird in **Österreich der unnachgiebige Währungskurs nahezu widerspruchslos anerkannt**, denn der Erfolg spricht für sich. Doch dem war nicht immer so: Es bedurfte eines **langjährigen Lernprozesses**, ehe die Vision eines der D-Mark gleichwertigen Schillings Wirklichkeit werden konnte, weil der uralte ökonomische **Minderwertigkeitskomplex** gegenüber dem großen deutschen Nachbarland alle rationalen Überlegungen verhindert. Dieser Lernprozess reicht bis zur zweiten

D-Mark-Aufwertung von 1969 (um 9,3 %) zurück, denn schon damals wurde vereinzelt – insbesondere von Finanzminister Prof. Koren – die Überlegung angestellt, dass Österreich angesichts seiner damals hervorragenden Wirtschaftsdaten (zum Teil waren sie besser als die der BRD) eigentlich mit der D-Mark zumindest teilweise mitziehen sollte. Weil die Zeit für ein stärkeres Selbstbewusstsein noch nicht reif war, scheiterte die Idee einer Schillingaufwertung an der geschlossenen Phalanx der Interessenvertretungen und der von ihnen beeinflussten Politiker.

Der Preis für diese Nichtaufwertung war schmerzlich genug, denn dieser De-facto-Abwertung folgten ein kräftiger Inflationsimport aus Deutschland, bei qualifizierten Arbeitskräften ein Abwanderungssog in die BRD, ein starker Lohn- und zweistellige Inflationsraten. Die Terms of Trade im Außenhandel verschlechterten sich dramatisch: von 1969 bis 1971 um 7 %, weil die Importpreise um 15 %, die Exportpreise aber nur um 7,5 % stiegen.

Angesichts dieser Probleme entschlossen sich Regierung und Notenbank im Jahr 1971, den bis dahin wenig anspruchsvollen Währungskurs zu revidieren und den Schilling zum ersten Mal in seiner Geschichte autonom aufzuwerten (um 5,05 %), womit der währungspolitische Schaden nachträglich zumindest teilweise gemildert wurde. Die Nationalbank und der Finanzminister wachten seither einträchtig über die Unverletzbarkeit der Währung und erstickten die fallweisen Verwässerungsversuche diverser, von hausgemachten Schwierigkeiten bedrängten Interessenten bereits im Keim.

Die nächste Bewährungsprobe der Währungspolitik erfolge gegen Ende der siebziger Jahre, als trotz guter Wirtschaftsdaten im Rahmen des „magischen Vierecks“ (Wachstum, Beschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanz) die Leistungsbilanz ins Defizit zu kippen drohte: Ohne die wahren Ursachen auszuloten, wurde zunächst unterschwellig und dann offener der bequeme Ruf nach Abwertung laut. Sogar ausländische Experten (nämlich jene des

Internationalen Währungsfonds, IWF) legten Österreich eine Abkoppelung des Schillings von der D-Mark nahe; eine Empfehlung, die inländischen Abwertungsbefürwortern – z. B. der ÖIAG, aber auch den Interessenverbänden der Unternehmer – nicht eben ungelegen kam. **Die Oesterreichische Nationalbank blieb trotzdem hart**, und dank ihrer Querverbindung zum ÖGB und in voller Übereinstimmung mit dem Finanzminister gelang es ihr, Regierung und Sozialpartner zu überzeugen, dem inneren und äußeren Abwertungsdruck nicht nachzugeben und statt dessen mit der **aktivseitigen Kreditkontrolle** „Limes“ die kreditfinanzierten Importe zu beschränken.

Im Rückblick lässt sich feststellen, dass die österreichische Stabilitätspolitik endgültig gerettet wurde, hätte doch selbst ein zunächst nur mäßiger Schritt in die falsche Richtung unweigerlich eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt.

Schon ein Jahr später wurde die Richtigkeit der konsequent harten Währungspolitik der Nationalbank voll bestätigt: Das befürchtete Leistungsbilanzproblem verflüchtigte sich, weil es keine strukturellen, sondern lediglich konjunkturelle Ursachen hatte (Wachstumsvorsprung zum Ausland). Die Experten des IWF revidieren ihre Abwertungsempfehlung und erklärten, sie hätten die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft unterschätzt.

Ab diesem Zeitpunkt ist die Währungspolitik Österreichs im In- und Ausland glaubhaft geworden, und sie konnte nicht einmal in den schwierigen achtziger Jahren (ÖIAG – Krise) wieder ins Gerede gebracht werden.

Die in der Vergangenheit zeitweilig besseren deutschen Wirtschaftsdaten waren nicht kurswirksam, da es gelungen ist, die Glaubwürdigkeit der Währungsanbindung so zu verfestigen, dass die Haltbarkeit der DM/Schilling-Relation in den letzten zwei Jahrzehnten nie ernsthaft bezweifelt wurde. Und erst recht brauchte die Oesterreichische Nationalbank nie größere Interventionen zur Sicherung dieser Relati-

on zu tätigen. Allerdings hatte es beim Zinsniveau eines „Respektabstands“ von mindestens 50 Basispunkten bedurft, ohne den es zu Kapitalabflüssen gekommen wäre. Selbst die deutliche Verschlechterung der deutschen Eckdaten seit der Wiedervereinigung hat bloß die Angleichung der österreichischen Zinsen an die deutschen erlaubt, aber keine Umkehrung des Zinsgefälles bewirkt.

Gegenüber der erworbenen Glaubwürdigkeit der Währungspolitik blieben vereinzelte negative Abweichungen gegenüber der deutschen Wirtschaftsentwicklung wenig bedeutend: Daß die Leistungsbilanz der BRD meist ein großes Aktivum aufwies, ist unmaßgeblich; es genügt, dass die Leistungsbilanz ausgeglichen ist. Auch die in Österreich z.T. höheren Budgetdefizite sind bedeutungslos, solange sie zu einem erheblichen Teil im Inland finanziert werden können. Und die in Österreich mittelfristig etwas höhere Inflationsrate auf Verbraucherebene war nicht repräsentativ für die allein maßgeblichen **Industrie- und Außenhandelspreise**. Diese jedoch entwickeln sich seit Jahrzehnten völlig parallel zur BRD, weil Österreich in der Lage ist, den **nominell stärkeren Lohnauftrieb durch eine größere Produktivitätssteigerung mehr als auszugleichen**.

2. Die österreichische Sozialpartnerschaft

Der Begriff der „Sozialpartnerschaft“ mag im Zeitalter der satten Wohlstandsgesellschaft etwas antiquiert anmuten. Wenn materielle Sorgen kein Thema mehr sind, warum sollte man nicht auch diese Institution in Frage stellen können? Der Anschauungsunterricht rundherum sollte freilich eher zur Besinnung mahnen, ebenso jedoch der Umstand, dass die soziale Lage hierzulande in aller Welt als beispielhaft angesehen wird. **Der Verzicht auf bewährte Institutionen sollte aber doch wohl erst dann zur Diskussion stehen, wenn etwas Besseres in Sicht ist, das an deren Stelle treten könnte. Die Sozialpartnerschaft ist aber auch integraler Bestandteil der Stabilitätspolitik**, weil nur sie – im Gegensatz zum klassischen Verteilungskampf, der ausschließlich durch die Machtverhältnisse ent-

schieden wird – **im Kompromisswege** befähigt ist, gefährliche Kosteninflationsschübe zu verhindern.

Eine Besonderheit unserer Sozialpartnerschaft besteht darin, dass sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer ökonomisch gut geschulte Funktionäre einsetzen, die eine gemeinsame Sprache sprechen und die bereit sind, wissenschaftlich fundierten Argumenten in einem übergeordneten Interesse gemeinsam Rechnung zu tragen. Die insbesondere angelsächsische Gewerkschaftsmentalität, Maximalforderungen um jeden Preis durchzusetzen, ist der österreichischen Tradition fremd: Hierzulande ist, ebenso wie in der Schweiz, die **wirtschaftliche Einsicht** ausschlaggebend.

Durchbrochen wurde der Grundsatz in Österreich ungewollt ein einziges Mal, als im **Krisenjahr 1975** fatalerweise eine viel zu optimistische Wirtschaftsprognose mit daran anknüpfenden zweistelligen Lohnforderungen und einer schon lange vorher versprochenen Arbeitszeitverkürzung zusammenfielen. Der daraus zwangsläufig resultierende Lohnkostendruck war so stark, dass die industrielle Konkurrenzlage ernsthaft bedroht schien und eine Abwertung nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Nichts dergleichen geschah aber. Gewerkschaft und Regierung warfen das Ruder herum, ohne die Konjunktur in „klassischer Manier“ abzuwürgen. Ein Jahrzehnt nach dem „Big Bargain“ – einem 1967 von Prof. Horst Knapp angeregten Solidaritätspakt der Sozialpartner, der Regierung und der Notenbank mit expansiver Zielsetzung zur Abwehr einer drohenden Kosteninflation – kam es zur **zweiten Bewährungsprobe des Austro-Keynesianismus**: Im Gegensatz zur Weichwährungsstrategie in Skandinavien, im romanischen und im angelsächsischen Raum wurde in mehrjähriger Anstrengung die Kosteninflation durch Lohndisziplin und rasche Strukturfortschritte unterlaufen, sodaß die Schilling/D-Mark-Relation nie in Gefahr geriet.

Die Lohndisziplin ging sogar soweit, dass die Real-löhne (netto) fast ein ganzes Jahrzehnt – bis 1985 – praktisch unverändert blieben. Damit war der wettbewerbspolitische status quo ante von 1975 nicht nur wiederhergestellt, sondern es wurde darüber hinaus

ein Lohnkostenvorteil errungen, der mittlerweile größer als je zuvor seit den fünfziger Jahren ist. Ein derartiger stabilitätswirksamer Kraftakt ohne Abwertung wäre kaum in einem anderen Land möglich gewesen. **Dieses Verdienst gebührt zur Gänze dem österreichischen System der Sozialpartnerschaft und damit der Konsenspolitik. Aufgrund einer so eindrucksvollen Erfahrung hat diese auch in der Wirtschafts- und Währungsunion, an der Österreich seit 1. Jänner 1999 teilnimmt und in der die Lohnpolitik eine tragende Säule ist, ihren fixen Platz.**

3. Der strukturelle Fortschritt

Wirtschaftliches Wachstum erfordert in der modernen Wohlstandsgesellschaft nicht nur eine bloß quantitative Steigerung der Produktion von Sachgütern, sondern zunehmend die Bereitstellung von **qualitativ höherwertigen Gütern** und Dienstleistungen mit besonders **großer Wertschöpfung** (qualitatives Wachstum). Dieser Prozess bedingt eine nachhaltige **Verlagerung der Industriestruktur** von einfachen und technisch anspruchslosen Produkten (Grundstoffen, Massenware, Grundnahrungsmitteln usw.) zu technisch höherwertigen Gütern und Qualitätsprodukten (Investitionsgütern und Konsumgütern des gehobenen Bedarfs). Zum Maß aller Dinge wird die **Hochtechnologie** (High-Tech).

Es gehört seit Jahrzehnten zum Stehsatz jeder heimischen Strukturdebatte, dass Österreich zu den strukturell schwächeren Industrienationen zu rechnen sei und dass der strukturelle Fortschritt demjenigen des Auslands unterlegen wäre. Diese kleinmütige These wurde auch von ausländischen Beobachtern (der OECD sowie des IWF) übernommen. Sie ließ sich aber mit unseren tatsächlichen Wirtschafts- und Exporterfolgen nie vereinbaren. **Es entstand ein Argumentationsnotstand hinsichtlich der wachsenden Diskrepanz zwischen These und Realität.**

Die Wirklichkeit war indessen eine ganz andere: Gemessen an der **Exportstruktur** vollzog sich der Strukturwandel zugunsten höherwertigerer Produkte

in Österreich seit 1970 rascher und intensiver als in den übrigen entwickelten Industrienationen der OECD, auf Pro – Kopf – Basis sogar unter Einschluss Japans: dazu kommt, dass sich die österreichische Strukturpolitik zuletzt sogar noch beschleunigt hat.

Im eigentlichen **Industrieexport** (SITC 5 – 9 = Chemie, bearbeitete Waren, Maschinen und Verkehrsmittel, sonstige Fertigwaren) je Einwohner hat Österreich, parallel zur überdurchschnittlichen Zunahme der Wirtschaftsleistung, ebenfalls die Position deutlich verbessert: im qualitativ anspruchsvolleren Vergleich des spezifischen **Technologieexports** (SITC 7 = Maschinen und Verkehrsmittel) tritt der Strukturfortschritt Österreichs besonders klar zutage.

Obwohl Österreich mangels einer hochdotierten militärischen Forschung für die **Spitzentechnologie im engsten Sinne** nicht prädestiniert ist, sind die Exportfolge auch in diesem Segment mit jenem der umfassenderen Kategorie SITC 7 durchaus vergleichbar. Im übrigen wird wahrscheinlich der Einfluss der Spitzentechnologie auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum überschätzt. Vor allem die Wehrtechnik scheint die Dynamik eher zu bremsen als zu stimulieren: Es kann nicht bloß Zufall sein, dass Nationen mit besonders hohem Militäraufwand nur durchschnittlich wachsen.

Weiters besteht die Gefahr, dass wegen einer zu einseitigen Konzentration auf die Spitzentechnologie die **konventionelle Technologie** auf der zweiten oder dritten Ebene vernachlässigt wird, und per saldo die gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eher sinkt; das markanteste Beispiel ist die ehemalige Sowjetunion. Selbst eindrucksvolle Erfolge der Spitzentechnologie in den USA, im Vereinigten Königreich oder in Frankreich, aber auch in der Schweiz und in Schweden zeigten keinerlei Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität und sind nicht in der Lage, den schleichenden Verlust an industrieller Wettbewerbsfähigkeit hintanzuhalten. **Österreich ist auch diesbezüglich ein Modellfall für den gesunden Mittelweg.**

Schließlich sei noch auf den Strukturfortschritt im Reiseverkehr hingewiesen, der in der Favorisierung des **Qualitätstourismus** besteht. Die Zeiten des Billigtourismus der frühern siebziger Jahre sind in Österreich endgültig vorbei. Nicht mehr möglichst viele Nächtigungen, sondern hohe Einnahmen pro Gast garantieren den Strukturfortschritt durch stetige qualitative Verbesserung des Angebots. Dazu kommt als natürlicher Wettbewerbsvorteil die steigende Vorliebe für den an sich lukrativeren Wintertourismus.

4. Immaterielle Wettbewerbsvorteile Österreichs

Noch so gute Rahmenbedingungen, wie stabiles Geld, gute Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie optimale Strukturen, würden für einen internationalen Durchbruch nicht ausreichen, wenn die **menschlichen Voraussetzungen** für deren Umsetzung nicht gegeben wären. Schon in der Monarchie und in der Ersten Republik galten österreichische Ingenieure, Architekten, Facharbeiter, Handwerker und Wissenschaftler als besonders gut ausgebildet, verlässlich, geschickt, ausdauernd und eher der Qualität als der Quantität verpflichtet. Viele waren allerdings in der verarmten Ersten Republik zur Auswanderung gezwungen gewesen, und fast ebenso viele verstärken auch heute noch als gesuchte Fachkräfte und Konzernmanager das deutsche und das schweizerische Wirtschaftspotenzial. Andererseits gelang es nach Kriegsende, mehrere hunderttausend meist deutschstämmige, besonders tüchtige Unternehmer und hochqualifizierte Arbeitskräfte zu integrieren, die ebenso wie in der BRD nicht wenig zum „Wirtschaftswunder“ beitrugen.

Vielleicht besteht das Erfolgsgeheimnis des österreichischen Menschen in einer gelungenen Kombination von deutscher Gründlichkeit mit französischer Lebensfreude (savoir vivre). Dazu kommen die menschliche Konzilianz und die Bereitschaft zum Kompromiss in Streitfragen. **Das Endergebnis heißt jedenfalls Produktivität plus hohe Lebensqualität.** Selbst die schwierigsten Probleme erledigen sich hierzulande auf geheimnisvolle Weise, zwar nicht sofort, aber später ...

Natürlich muß man auch Glück haben: die Spekulation mit der **permanenten Unterdotierung der Landesverteidigung**, die ein Schweizer oder ein Schwede als puren Leichtsinn werten könnte, die uns jedoch zusätzliche Wachstumspromille gebracht hat, war, rückblickend betrachtet, ein Zufallstreffer. Die wunderbare **Landschaft** ist ein weiteres Positivum. Ihre Erhaltung sollte **höchste Priorität** genießen, und zwar schon deshalb, weil die ökologisch vernachlässigten Strände und sonstigen Tourismusregionen unserer Hauptkonkurrenten noch auf Jahre hinaus die Aussicht auf eine Verlagerung der internationalen Reiseströme eröffnen.

Der vielleicht **alles entscheidende Wettbewerbsvorteil** mag jedoch das seit Generationen tradierte **Konsum- und Sparverhalten** der österreichischen Bevölkerung sein: Der typische Österreicher ist seiner Mentalität gemäß eher bescheiden und schätzt es nicht, über seine Verhältnisse zu leben. Daraus ergibt sich, bei gleichzeitig hoher Produktivität, zwangsläufig eine **hohe Sparneigung**, die ausreichenden Spielraum schafft für eine der **höchsten Investitionsquoten der westlichen Welt**. Damit ist nicht nur ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum sozusagen vorprogrammiert, als Nebeneffekt ergibt sich auch die im Vergleich zum konsumfreudigeren Ausland wesentlich größere Möglichkeit, **öffentliche Gebarungsabgänge aus dem inländischen Geldvermögen zu finanzieren** und so den sensiblen **Auslandkredit** weit weniger in Anspruch nehmen zu müssen. Zuletzt hat das Sparverhalten der Bevölkerung in zweifacher Hinsicht an Qualität gewonnen: Erstens hat es während der wirtschaftlichen Schwächeperiode Mitte der 90er Jahre perfekt antizyklisch reagiert und damit den Nachfrageausfall gedämpft, und zweitens hat sich – parallel zum

geringeren Finanzierungserfordernis der öffentlichen Hand – eine Verschiebung vom traditionellen Spar- zum Anlegerverhalten ergeben, womit über eine höhere Verfügbarkeit von Risikokapital künftige Strukturveränderungen leichter finanziert werden können.

5. Österreichs Teilnahme an der WWU

Mit der Teilnahme an der WWU und der Einführung des Euro gehen zweifellos wirtschaftliche Vorteile und für die Strukturanpassung positive Wirkungen einher. Für die österreichische Wirtschaft bedeutet die Vergrößerung des Währungsraumes um mehr als das 35fache auf über 300 Millionen Konsumenten die Chance, sich dem Wandel offensiv zu stellen. Steigende Exportquoten, ein solides Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigungszahlen bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Österreichs Unternehmen können auf niedrigen Inflationsraten und Kreditzinsen ihre Planungen stützen. Bisher wegen Währungsschwankungen riskante Transaktionen über die Grenze, haben nunmehr fast die Qualität von Geschäften innerhalb Österreichs – bei wegfallenden Transaktionskosten, wie Wechselspesen oder hohen Absicherungskosten. Der Euro bringt die Staaten der Währungsunion einem echten Binnenmarkt sehr nahe. Davon profitieren ganz besonders die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe in Industrie und Gewerbe, die als Hauptträger von Wachstum und Beschäftigung das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft bilden.

Im Abschnitt II sind die statistischen Vergleiche dargestellt, aus denen die vorstehenden Aussagen abgeleitet worden sind.

II Ergebnisse des statistischen Vergleichs Österreich – OECD

1. Reales Wirtschaftswachstum je Einwohner

Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, real zu laufenden Kaufkraftparitäten (KKP) siehe **Tabelle 1** und **Grafik 1**.

In den allgemeinen Wirtschaftsvergleich einbezogen wurden von allen 26 OECD-Nationen die 20 höchstentwickelten. Nicht berücksichtigt wurden lediglich die industriell schwach entwickelten Länder wie Griechenland, die Türkei, Korea und Mexiko sowie die (nicht sinnvoll vergleichbaren) Kleinstaaten Island und Luxemburg. **In dieser Abgrenzung erweist sich Österreich im langfristigen Wettbewerb der stärksten Industrienationen der westlichen Welt im letzten halben Jahrhundert (1950/2000) erfolgreicher als alle vergleichbaren Länder mit Ausnahme Irlands, Japans, Spaniens und Portugals;** letztere liegen aber hinsichtlich der Wirtschaftsleistung substanziell hinter Österreich, sodass die Zuzählung zum Kreis der „stärksten Industrienationen“ nicht unproblematisch ist.

Das reale österreichische Pro-Kopf-Einkommen ist seit 1950 (bis 2000) auf das 5,6fache (3,5% p. a.) gewachsen. Seit 1970 hat die Dynamik aufgrund des zu diesem Zeitpunkt bereits erreichten Niveaus zwangsläufig nachgelassen (auf 2,4 % p. a.), sie war aber auch im Zeitraum 1970/00 hierzulande noch immer deutlich kräftiger als in 15 von 19 Konkurrenzländern. Außer Japan und Portugal haben seit 1970 nur noch Norwegen und Irland besser abgeschnitten. Sogar in den turbulenten 90er Jahren blieb Österreich mit 2,0 % p. a. (1990/00) sowohl im EU- als auch im OECD-Raum auf Überholkurs. Vor allem gegenüber unserem traditionellen Hauptkonkurrenten Deutschland (1950/70: –0,4 %), (1970/00: +0,4 %) und Italien (0,0 %, bzw. +0,2 %) hat sich Österreich seit 1970 viel besser durchgesetzt als vorher. Der historische Wachstumsrückstand gegenüber Japan hat sich nicht nur dramatisch reduziert, und

zwar von –3,0 % p. a. (1950/70) auf –0,6 % (1970/90), er hat seit 1990 sogar das Vorzeichen gewechselt (1990/00: +0,8%). Davongezogen sind zuletzt nur Norwegen (dank des Ölreichtums) und Irland (aufgrund hoher Investitionsvolumina internationaler Konzerne und hoher Nettotransfers der EU). **Österreich belegt somit hinsichtlich des realen Pro-Kopf-Wachstums im Zeitraum 1950/00 den 5. Rang (hinter Japan und den Nachzüglern Portugal, Spanien und Irland).** Der EU-Raum sowie der OECD-Raum insgesamt bleiben sowohl lang- als auch mittel- und kurzfristig signifikant hinter Österreich zurück.

Im absoluten Niveauvergleich (zu KKP) hat Österreich sowohl seit 1950 als auch seit 1970 entscheidend aufgeholt. Gemessen am OECD-Durchschnitt wurde ein ursprünglicher Rückstand von einem Drittel schon bis 1970 auf ein Zehntel reduziert und bis 2000 in einen Vorsprung von 7 % verwandelt: Die Wirtschaftsleistung Österreichs erreichte pro Kopf 1950 erst 69 %, 1970 bereits 92 % und 2000 107 % des OECD-Standards. Noch besser schnitt freilich Japan ab, das 1950 als Schlusslicht lediglich 36 % 1970 hingegen schon 87 % und 2000 bereits 106 % des OECD-Niveaus erreichte, allerdings mit enttäuschend gedrosselter Dynamik seit 1990.

Weitere „Aufsteiger“ waren Deutschland (von 1950: 68 % auf 2000: 100 %), Italien (von 69 % auf 98 %) und Irland (von 64 % auf 114 %) sowie Finnland, Norwegen, Portugal und Spanien. Leicht überdurchschnittlich wuchsen Belgien und die Niederlande, wogegen alle alten angelsächsischen Industriepioniere relativ stark an Boden verloren (Vereinigtes Königreich, USA, Kanada, Australien und Neuseeland); gleiches gilt auch für die von beiden Weltkriegen verschonten Staaten Schweiz und Schweden. Der gesamte EU-15-Raum hat innerhalb der OECD kontinuierlich von 82 % (1950) über 94 % (1970) auf 96 % (2000) zugelegt.

Wirtschaftsleistung (BIP)

BIP je Einwohner, real zu Kaufkraftparitäten
OECD = 100

Tabelle 1

	1900	1938	1950	1960	1970	1980	1990	2000 ¹⁾
1. USA	155	152	202	172	152	146	142	145
2. Schweiz	139	168	168	170	156	139	133	121
3. Norwegen	61	90	98	95	91	108	108	115
4. Dänemark	102	117	117	113	112	108	105	114
5. Irland	..	65	64	58	58	64	73	114
6. Kanada	101	92	130	121	113	120	114	113
7. Niederlande	111	100	106	107	109	107	102	110
8. Österreich	95	78	69	90	92	104	104	107
9. Japan	43	65	36	57	87	96	113	106
10. Belgien	121	103	101	94	98	107	103	106
11. Australien	148	120	129	114	107	113	103	105
12. Deutschland ²⁾	99	104	68	97	98	101	101	100
13. Finnland	58	79	77	84	89	96	101	100
14. Schweden	67	107	122	116	119	112	108	98
15. Italien	70	75	69	83	91	99	101	98
16. Vereinigtes Königreich	148	126	124	116	98	94	99	96
17. Frankreich	98	93	97	102	108	111	106	93
18. Neuseeland	190	128	146	127	102	91	82	79
19. Spanien	65	54 ³⁾	48	54	70	72	76	77
20. Portugal	44	36	37	38	49	55	61	70
OECD (26)	100	100	100	100	100	100	100	100
EU-15	96	93	82	91	94	96	97	95

¹⁾ Vorläufige Daten; ²⁾ Gesamtdeutschland; ³⁾ 1935

Quelle: 1960-2000 OECD; 1900-1950 Kausel „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt“, Wien 1985

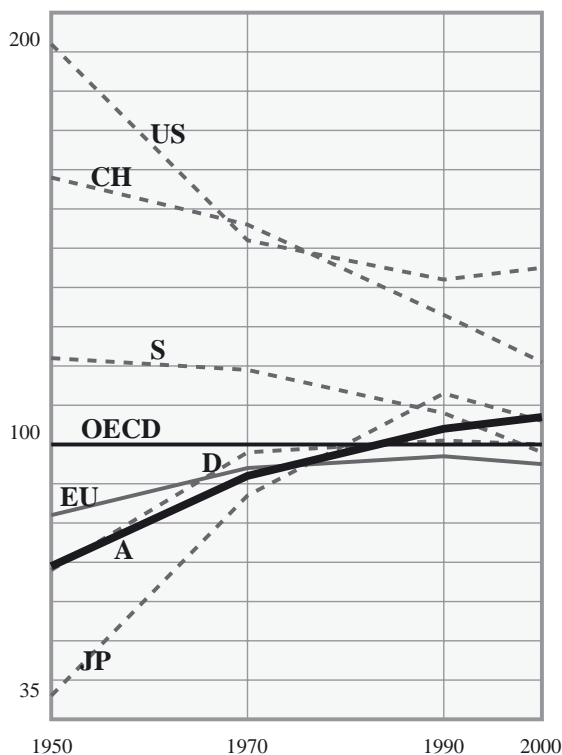
Österreichs Pro-Kopf-Einkommen wuchs seit 1950 real jährlich um 0,6 % und seit 1970 um 0,4 % rascher als jenes aller 15 EU-Länder insgesamt und übertrifft den EU-Durchschnitt derzeit um 12 %.

1950 lag es noch um 15 % und 1970 um 2 % darunter. Im Vergleich zum gesamten OECD-Durchschnitt wuchs es seit 1950 jährlich um 0,9 % und seit 1970 noch immer um 0,5 % rascher. Österreich hat die Wachstumsverlangsamung der ersten Hälfte der 90er Jahre, ausgelöst durch Währungsverschiebungen (1992 und 1995) und das Konjunkturtief im Jahr 1993, bereits kompensiert, und ist seit 1997 wieder auf die langfristig beobachtbare „Überholspur“ zurückgekehrt. **Der Wachstumsvorsprung auf Pro-Kopf-Basis war in den 90er Jahren (1990/2000) zur EU (+0,3 % p.a.) sowie zur OECD (+0,3 %) allerdings merklich kleiner als in den 70er und 80er Jahren, aber in auffallendem Gegensatz zum klar besseren Produktivitätserfolg (siehe Kapitel 2).** Dank diesem Aufholprozess hat Österreich seine Position in der Hierarchie der Industriestaaten sprunghaft verbessert. Waren von 1950 bis 1970 nur

zwei Länder überholt worden, so gelang seither ein beachtlicher Sprung von Rang 13 (1970) auf Rang 8 (2000) und damit in die Spitzengruppe. Seit 1970 wurden sieben Länder ökonomisch überflügelt, darunter alle renommierten Industiepioniere des vorigen Jahrhunderts (Vereinigtes Königreich, Frankreich, Belgien und Deutschland, sowie die einst sehr reichen Überseemationen Australien und Neuseeland und nicht zuletzt auch die lang beneidete Hochtechnologienation Schweden. Der seinerzeit noch gewaltige Vorsprung der USA und der Schweiz ist inzwischen stark zusammengesmolzen. Seinerseits wurde Österreich von zwei Ländern übertroffen, Norwegen konnte dank des Ölreichtums seit 1970 einen Teil des 1950/70 verlorenen Vorsprungs wieder aufholen, besser als Österreich liegen heute noch die USA (+36 %), Norwegen (+8 %), die Schweiz (+13 %), Irland (+7 %), Dänemark (+7 %), Kanada (+5 %) und die Niederlande (+3 %) nicht zufolge einer höheren Produktivität, sondern fast ausschließlich durch extensiv größeren Arbeitseinsatz (höhere Erwerbsquoten und längere Arbeitszeiten).

Wirtschaftsleistung (BIP pro Kopf) OECD = 100

Grafik 1



2. Gesamtwirtschaftliche Produktivität

BIP je Erwerbsbestätigen, real zu Kaufkraftparitäten von 1995 siehe **Tabelle 2** und **Grafik 2**.

Bezieht man das geschaffene **Produktionsvolumen** (BIP) nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die tatsächlich erwerbstätigen Personen, dann verschieben sich die Relationen zugunsten von Ländern mit niedriger offizieller Erwerbsquote, in denen die „graue Wirtschaft“ eine überdurchschnittliche Rolle spielt (Italien, Belgien, Frankreich, Irland, Spanien etc.), und es verschlechtern sich die Positionen von Ländern mit hoher Erwerbsbeteiligung (Norwegen, Schweden, Schweiz, USA, Dänemark und Japan). Österreich liegt mit seiner Erwerbsquote im Mittelfeld, desgleichen mit der geleisteten Arbeitszeit. Ein absoluter internationaler Niveauvergleich ist daher viel weniger aussagekräftig als ein relativer Vergleich der **Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktivität** im OECD-Raum. Daraus ergibt sich für **Österreich eine Produktivitätssteigerung auf das 6,2fache** (3,7 % p. a.) seit 1950, auf das **2,2fache**

Wirtschaftsleistung (BIP)

BIP je Einwohner, real zu Kaufkraftparitäten

Österreich = 100

Tabelle 1a

	1900	1938	1950	1960	1970	1980	1990	2000 ¹⁾	Österreichischer Wachstumsvorsprung in % p.a.			
									1950-70	1970-90	1990-00	1950-00
1. USA	163	197	291	192	165	140	136	136	2,9	1,0	0,0	1,6
2. Schweiz	147	216	242	190	170	134	127	113	1,8	1,5	1,1	1,5
3. Norwegen	64	116	141	106	99	104	103	108	1,8	-0,2	-0,5	0,5
4. Dänemark	108	152	168	126	121	103	101	107	1,6	0,9	-0,6	0,9
5. Irland	..	84	92	64	63	62	70	107	1,9	-0,5	-4,2	-0,3
6. Kanada	107	119	187	135	123	114	109	105	2,1	0,6	0,3	1,2
7. Niederlande	117	129	152	119	118	102	98	103	1,3	0,9	-0,5	0,8
8. Österreich	100	100	100	100	100	100	100	100	x	x	x	x
9. Japan	45	84	52	62	95	92	108	100	-3,0	-0,6	0,8	-1,3
10. Belgien	128	133	146	105	107	103	99	99	1,5	0,4	0,0	0,8
11. Australien	157	155	186	127	127	108	99	98	1,9	1,3	+0,2	1,3
12. Deutschland ²⁾	104	135	98	108	106	97	97	94	-0,4	0,4	0,3	0,1
13. Finnland	61	102	111	93	97	92	97	93	0,7	0,0	0,4	0,4
14. Schweden	71	138	176	130	129	108	104	92	1,6	1,1	1,2	1,3
15. Italien	74	97	99	92	99	95	97	92	0,0	0,1	0,5	0,2
16. Ver. Königreich	156	162	179	129	106	90	95	90	2,6	0,6	0,5	1,4
17. Frankreich	103	121	140	114	117	108	102	87	0,9	0,7	1,5	0,9
18. Neuseeland	200	165	210	141	111	87	79	74	3,2	1,7	0,7	2,1
19. Spanien	69	69 ³⁾	69	60	76	69	72	72	-0,5	0,2	0,0	-0,1
20. Portugal	46	46	53	42	51	53	58	66	0,1	-0,5	-1,3	-0,4
OECD (26)	105	129	144	111	108	96	96	94	1,4	0,6	0,3	0,9
EU-15	101	120	118	102	102	93	93	90	0,8	0,5	0,3	0,6

¹⁾ Vorläufige Daten; ²⁾ Gesamtdeutschland; ³⁾ 1935

Quelle: 1960-2000 OECD; 1900-1950 Kausel "150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt", Wien 1985

Dynamik der Produktivität

Tabelle 2

BIP je Erwerbsperson, real zu KKP von 1995; 1970=100

	1950	1960	1970	1980	1990	2000	Österreichischer Wachstumsvorsprung (+) in % p.a.			
							1950-70	1970-90	1990-00	1950-00
1. Japan	24	46	100	144	196	216	-1,9	-0,8	1,4	-0,8
2. Portugal	38	55	100	158	212	280	0,4	-1,2	-0,4	-0,4
3. Österreich	35	61	100	134	168	217	x	x	x	x
4. Spanien	35	52	100	150	186	212	0,0	-0,5	1,1	0,0
5. Irland	49	66	100	144	208	287	1,8	-1,1	-0,8	0,1
6. Finnland	43	65	100	138	178	243	1,1	-0,3	-0,7	0,2
7. Italien	36	55	100	129	153	178	0,2	0,5	1,0	0,5
8. Frankreich	40	62	100	131	164	192	0,8	0,1	0,9	0,6
9. Deutschland ¹⁾	38	67	100	129	151	180	0,5	0,5	0,8	0,6
10. Belgien	49	65	100	138	167	197	1,7	0,0	0,8	0,9
11. Norwegen	49	71	100	127	151	188	1,8	0,6	0,2	1,0
12. Niederlande	50	68	100	130	153	171	1,9	0,5	1,3	1,2
13. Schweden	51	68	100	112	128	163	2,0	1,4	0,0	1,3
14. Dänemark	56	71	100	117	134	164	2,5	1,2	0,4	1,5
15. Vereinigtes Königreich	63	78	100	117	145	178	3,1	0,7	0,4	1,6
16. Australien	63	82	100	120	130	166	3,3	1,3	0,1	1,8
17. USA	65	79	100	113	128	152	3,2	1,4	0,8	2,0
18. Kanada	61	78	100	113	125	142	2,9	1,5	1,1	2,0
19. Schweiz	56	74	100	116	118	125	2,5	1,8	1,8	2,1
20. Neuseeland	68	91	100	101	119	130	3,4	1,8	1,5	2,4
OECD (26)	51	68	100	126	150	173	2,0	0,6	1,1	1,2
EU-15	45	64	100	129	156	186	1,2	0,4	0,8	0,8

¹⁾ 1950-1990: Deutschland-West

Quelle: OECD, Eurostat

(2,6 % p. a.) seit 1970 und auf das **1,3fache** (2,6 % p. a.) in der soeben abgelaufenen Dekade (90/00). Der **Produktivitätsfortschritt** hat sich demnach in den letzten drei Dezennien nicht mehr nennenswert abgeschwächt. Mit Ausnahme Japans (50/00: 4,5 % p. a.) und Portugals (50/00: 4,1 % p. a.) bleiben alle übrigen OECD-Staaten bis auf Spanien und Irland signifikant hinter Österreich zurück. Insbesondere steigerte der gesamte **OECD-Raum** seine **Produktivität** seit 1950 nur auf das **3,4fache** (2,5 / p. a.), seit 1970 auf das **1,7fache** (1,8 % p.a.) und seit 1990 auf das 1,15fache (1,5 % p.a.) und der **EU-Raum** seit 1950 auf das **4,2fache** (2,9 % p. a.), seit 1970 auf das **1,9fache** (2,1 % p. a.) und seit 1990 auf das **1,2fache** (1,8 % p. a.). Im jüngsten Jahrzehnt (90/00) hat sich Österreichs **relative Produktivitätsperformance** vor allem gegenüber Japan dramatisch verbessert, aber ebenso auch gegenüber 13 anderen OECD-Staaten; gegenüber Schweden ist sie konstant geblieben und nur gegenüber den Nachzüglern Portugal, Irland und Finnland wurde etwas an Terrain eingebüßt. Im Vergleich zum **OECD-** und **EU-Durchschnitt** wuchs die

österreichische Produktivität pro Erwerbsperson seit 1950 jährlich um jeweils **0,3 % stärker** als das reale **pro-Kopf-Einkommen**. Diese signifikante strukturelle Diskrepanz hat sich in der **letzten Dekade** (90/00) nicht, wie oft vermutet, abgeschwächt, sondern sogar noch **erheblich verstärkt**, und zwar auf **0,8 % zur OECD** und auf **0,5 % zur EU**. Das bedeutet, dass **Österreich** seinen strukturellen **Produktivitätsfortschritt** nicht zur Gänze zur Hebung seines materiellen Wohlstandsniveaus ausgeschöpft hat, sondern dafür mehr Freizeit genießt, in Form kürzerer Lebensarbeitszeit, längerem Urlaub und kürzerer Wochenarbeitszeit. Ob ein höherer Wohlstand auf Kosten der Lebensqualität Vorrang genießen soll, oder nicht, ist eine Frage der **Lebensphilosophie**. Offenbar haben sich Amerikaner, Japaner und Schweizer für höhere Einkommen durch mehr Arbeit und weniger Muße entschieden. Die meisten Europäer hingegen geben einer **höheren Lebensqualität** den Vorzug. Im abgelaufenen Jahrzehnt hat **Österreichs Wirtschaft** gegenüber dem langjährigen Durchschnitt (70/00) im internationalen Wettbewerb

der Realeinkommen zwar eine **Abschwächung** des **Wachstumsvorsprungs** zur **EU von 0,4 % (70/00)** auf **0,3 % (90/00)** hinnehmen müssen, gleichzeitig aber den **Produktivitätsvorsprung** von **0,5 %** auf **0,8 %** ausgebaut. Gegenüber dem gesamten **OECD-Raum** sank der heimische Vorsprung im **Einkommensvergleich** zwar ebenfalls von jährlich **0,5 % (70/00)** auf **0,3 % (90/00)**, im **Produktivitätsvergleich** stieg er hingegen noch beachtlicher von **0,8 %** auf **1,1 %**. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass die überwiegend produktivitätsbedingte **Wettbewerbsstärke** Österreichs trotz temporärer Wachstumsdämpfung **keiner Auszehrung** unterliegt, sondern ungebrochen **weiter steigt**. Hauptquelle aller Produktivitätserfolge ist die international hervorragende Dynamik der österreichischen Industrie (siehe Kapitel 4).

3. Historischer Rückblick bis zur Jahrhundertwende

Versucht man die verfügbaren wirtschaftsstatistischen Daten bis zum **Jahr 1900 zurückzuverfolgen** und sich dabei nur auf die Eckjahre 1900 und 1938 zu beschränken, dann liegt ein ganzes Jahrhundert Wirtschaftsgeschichte zahlenmäßig aufbereitet vor. **Die beiden Weltkriege haben Österreich unter allen westlichen Industrienationen am schwersten zurückgeworfen**. Lediglich Deutschland und Japan hatten bis 1950 einen ähnlich katastrophalen Aderlaß zu verkraften. In Relation zur heutigen OECD war das Gebiet der (späteren) Republik Österreich bereits zur Jahrhundertwende erstaunlich gut entwickelt. Es lag unter den 20 Vergleichsländern im realen Pro-Kopf-Einkommen zwar erst an 12. Stelle, aber mit 95 % des OECD-Niveaus nur hauchdünn hinter den damaligen Industriegiganten Deutschland (99 %) und Frankreich (98 %) zurück, gleichzeitig weit vor Italien (70 %), Schweden (67 %) und Japan (43 %). Die um 1900 weltweit dominierenden Industrienationen USA (155 %), Vereinigtes Königreich und Australien (je 148 %) und die Schweiz (139 %) lagen damals noch deutlich voran. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben sich die Relationen jedoch insoweit verschoben, als die alten

Industrieponiere des 19. Jahrhunderts, allen voran das Vereinigte Königreich, aber auch die Niederlande, Belgien und die Schweiz sowie Australien und Neuseeland, ihre historische Vormachtstellung weitgehend eingebüßt haben. Die USA, Kanada, Frankreich und Deutschland konnten sich indessen einigermaßen gut behaupten, und Japan entwickelte sich vom Nachzügler zur industriellen Großmacht. In Europa stieß ganz Skandinavien in die Spitzengruppe vor.

Von 1900 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs (1938) gehörte Österreich neben Belgien und den Niederlanden zu den wenigen europäischen Ländern, die ihren relativ hohen Vorkriegsstandard nicht halten und den Rückschlag durch die Weltwirtschaftskrise bis 1938 nicht mehr aufholen konnten. **Der wirtschaftliche Rückstand Österreichs zur OECD vergrößerte sich von -5 % (1900) auf -22 % (1938) und erreicht um 1950 den historischen Tiefstand von -33 %**. Im Vergleich zur heutigen EU fiel Österreich von -1 % (1900) auf -16 % (1938) und -15 % (1950). Die Auflösung des nahezu autarken Wirtschaftsraumes der alten Monarchie hatte für „Rest-Österreich“ fatale Folgen: das Land verlor in der ersten Hälfte des Jahrhunderts den Anschluss an die ungleich günstigere Wirtschaftsentwicklung der westlichen Welt. Bis zum Ersten Weltkrieg hielt Österreich indessen noch sehr gut Schritt und steigerte sein BIP (pro Kopf) zwischen 1900 und 1913 um 21 % (1,5 % p. a.), der heutige EU-15-Raum um 18 % und die heutige OECD um 23 %. In der Zwischenkriegszeit (1918/38) stagnierte es demgegenüber bei 124 % (1900 = 100), wogegen die EU auf 147 % und die OECD auf 152 % davonzogen. Bis zur Jahrhundertmitte (1950) hatte Österreich mit 128 % (1900 = 100) den Vorkriegsstand von 1938 immerhin wieder minimal überschritten (EU: 150 %, OECD: 181 %), geriet international aber noch schärfer ins Hintertreffen.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts (1900/2000) stieg das BIP je Einwohner in Österreich insgesamt auf das 7,2fache (2,0 % p. a.), in der EU und in der OECD insgesamt auf das 6,4- und 6,8fache (1,9 % p. a.). In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts lag

Österreich mit seinem bescheidenen Wachstum auf das 1,3fache (0,5 % p. a., EU: 0,8 %, OECD: 1,2 %) noch auf der „Verliererstraße“, wogegen es in der zweiten Hälfte (1950/2000) mit einer Wachstumsexplosion auf das 5,6fache (3,5 % p. a.) eindrucksvoll auf die „Überholspur“ gewechselt ist. Die EU und die OECD blieben demgegenüber mit ihrer Dynamik auf das 4,2fache (2,9 %), bzw. auf das 3,7fache (2,6 %) beträchtlich zurück. **Österreich hat damit die ökonomische Stagnation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur restlos überwunden, sondern in der zweiten Hälfte weit darüber hinausgehend eine wirtschaftliche Spitzenposition errungen, die vordem schlicht unvorstellbar war.**

4. Industriedynamik

Das Wirtschaftswachstum der Nationen hängt primär von deren **industrieller Dynamik** ab. Der enge Zusammenhang ergibt sich daraus, dass der Produktivitätsfortschritt vornehmlich in der Sachgü-

terproduktion und nur stark abgeschwächt in den Dienstleistungsbereichen erzielt wird. Die Rangordnung der Nationen betreffend BIP-Wachstum beziehungsweise industrieller Dynamik ist daher weitgehend identisch. Nur in Irland, Österreich, Norwegen, Finnland, Kanada und USA wächst die Industrie überproportional zum Sozialprodukt, in Belgien bleibt sie indessen stark zurück (Schrumpfung der wallonischen Schwerindustrie).

Das Produktionsvolumen der österreichischen Industrie stieg seit 1950 auf das 10,4fache (4,8 % p. a.) und seit 1970 auf das 2,9fache (3,6 % p. a.). Die deutsche Industrie blieb demgegenüber mit dem 6,9fachen (3,9 %) bzw. dem 1,7fachen (1,8 %) seit 1970 klar zurück. Die gesamte OECD erreichte das 7fache (4,0 % p. a.) bzw. das 2,3fache (2,8 %) seit 1970. Die Industrie der EU expandierte seit 1950 auf das 5,8fache (3,6 %) und seit 1970 auf das 1,8fache (2,0 %). **Der absolute Spitzenreiter der industriellen Revolution, Japan, wuchs – allerdings von einem extrem niedrigen Nachkriegsniveau ausgehend – seit 1950 auf das 38fache (7,8 % p. a.);**

Industrielle Dynamik

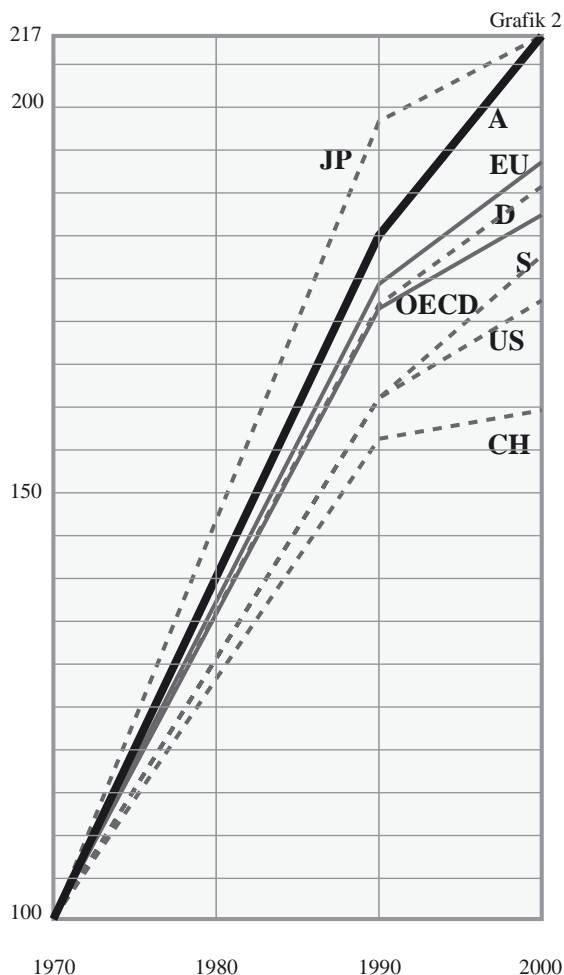
Index der Industrieproduktion, 1970 = 100

Tabelle 3

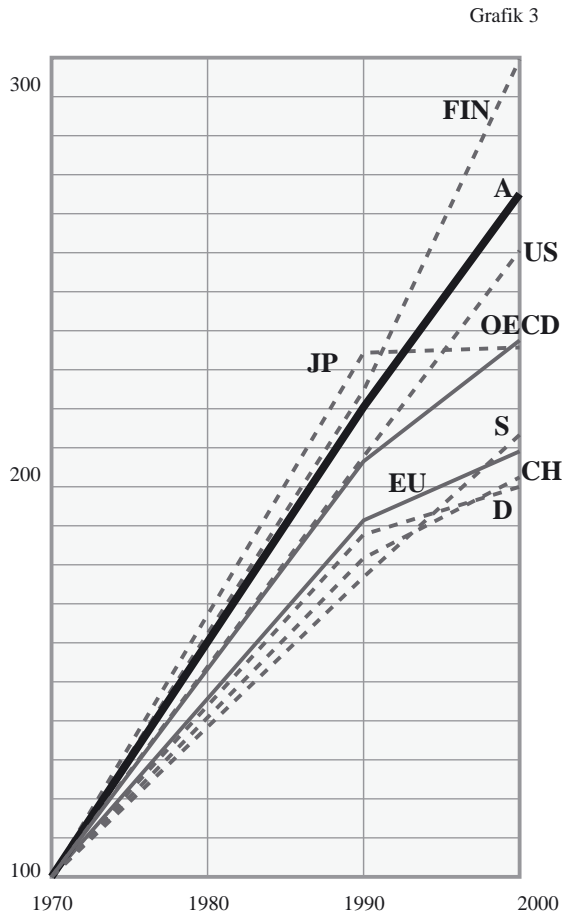
	1950	1970	1990	2000	Österreichischer Wachstumsvorsprung (+) in % p.a.			
					1950-70	1970-90	1990-00	1950-00
1. Japan	6	100	222	225	-7,4	-0,7	3,7	-2,5
2. Irland	37	100	282	900	1,5	-1,9	-8,2	-1,7
3. Finnland	26	100	206	347	-0,3	-0,4	-1,5	-0,5
4. Spanien	20	100	190	235	-1,5	0,1	1,6	-0,2
5. Norwegen	36	100	292	413	1,4	-2,1	0,3	-0,2
6. Österreich	28	100	199	290	x	x	x	x
7. Italien	22	100	158	184	-1,2	1,0	2,3	0,4
8. Kanada	31	100	171	231	0,6	0,6	0,8	0,7
9. Niederlande	27	100	154	184	-0,2	1,1	2,0	0,8
10. Deutschland ¹⁾	24	100	145	166	-0,8	1,4	2,4	0,8
11. Dänemark	37	100	165	229	1,4	0,8	0,5	1,0
12. USA	44	100	178	266	2,3	0,4	-0,3	1,1
13. Frankreich	32	100	153	177	0,7	1,1	2,3	1,3
14. Australien	..	100	153	191	..	1,2	1,5	..
15. Schweden	38	100	127	188	1,5	2,1	-0,2	1,5
16. Schweiz	37	100	135	170	1,4	1,8	1,4	1,6
17. Belgien	44	100	154	179	2,4	1,1	2,3	1,9
18. Vereinigtes Königreich	56	100	131	146	3,6	2,0	2,7	2,8
OECD	33	100	176	228	0,9	0,5	1,2	0,8
EU-15	31	100	151	181	0,6	1,2	2,0	1,2

¹⁾ 1950-1990: Deutschland-West
Quelle: OECD

Dynamik der Produktivität
1970 = 100



Industrielle Dynamik
1970 = 100



seit 1970 aber mit dem 2,3fachen viel schwächer als Österreich und seit 1990 überhaupt nicht mehr. Nicht so die jungen Aufsteiger Irland (seit 1970: 7,6 % p. a.) und Norwegen (seit 1970: 4,8 % p. a.), die vom Nordseeöl (Norwegen) bzw. der Gründung von Zweigniederlassungen internationaler Unternehmen (Irland) profitieren. **Bemerkenswert ist die starke Performance der US-Industrie**, die vor allem seit 1970 allen alten Industriepionieren wie dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz und Schweden den Rang ablauft. Die Produktionssteigerung auf das 2,7fache seit 1970 (3,3 % p. a.) stellt alle anderen Länder bis auf vier (Irland, Norwegen, Finnland und Österreich) in den Schatten. Der Umstieg von konventioneller auf Hochtechnologie scheint in den USA vorbildlich gelungen.

5. Industrielle Wettbewerbsfähigkeit

Indikatoren wie Forschungsquoten, Staatsquoten, Beamtendichte, Steuersysteme, Regulierungen usw. besitzen erfahrungsgemäß nur eine eingeschränkte Aussagekraft für die reale Wettbewerbsstärke eines Landes; diese kann sinnvoll nur **an tatsächlich realisierten Ergebnissen** gemessen werden. Als solche bieten sich für den internationalen Vergleich vor allem die Exportperformance für Industriegüter und die Lohnstückkosten in einheitlicher Währung an.

5. a) Industrielle Lohnstückkosten

Gemessen in einheitlicher Währung haben sich die Lohnstückkosten der österreichischen Industrie sowohl lang- als auch mittel- und kurzfristig **sehr**

Industrielle Lohnstückkosten

Tabelle 4

Entwicklung in einheitlicher Währung; 1995 = 100

	1964	1970	1980	1990	2000 ¹⁾	Österreichischer Kostenvorteil (+) in % p.a.			
						1964-70	1970-90	1990-00	1964-00
1. USA	95	204	134	114	112	5,0	-4,6	1,4	-1,3
2. Schweden	82	149	144	142	110	2,3	-1,9	-1,0	-1,0
3. Niederlande	60	114	116	98	90	2,8	-2,4	0,6	-0,7
4. Frankreich	55	103	110	101	83	2,5	-1,8	-0,4	0,7
5. Belgien,Luxemburg	52	118	122	94	88	5,9	-2,8	0,9	0,4
6. Finnland	..	107	117	141	78	..	-0,3	-4,3	..
7. Österreich	43	69	89	96	83	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Italien	60	135	122	144	119	6,0	-1,4	-0,4	0,1
9. Kanada	..	117	100	120	106	..	-1,5	0,3	..
10. Deutschland ²⁾	35	75	86	92	88	5,4	-0,7	1,1	0,8
11. Dänemark	..	86	82	95	102	..	-1,2	2,3	..
12. Norwegen	..	70	84	95	115	..	-0,2	3,4	..
13. Vereinigtes Königreich	50	88	122	112	143	1,7	-0,5	4,0	1,1
14. Schweiz	24	41	59	82	94	1,1	1,9	3,0	1,9
15. Japan	19	40	45	60	101	4,8	0,3	7,0	2,9
OECD	61	111	102	101	102	2,1	-2,1	1,6	-0,4
EU-15	49	97	99	110	103	3,5	-1,1	0,9	0,2

¹⁾ Vörläufige Daten; ²⁾ 1964-1980 Deutschland-West
 Quelle: „OECD Economic Outlook“; 1964-70: WIFO-Wien

günstig entwickelt. Der **Produktivitätserfolg** hat in aller Regel nicht nur den Lohnauftrieb, sondern auch den permanenten Aufwertungsdruck auf die österr. Währung aufgefangen. Im Zeitraum seit **Mitte der 60er Jahre** (1964/00) haben nur sechs Länder eine noch günstigere Lohnstückkostenentwicklung genommen, davon allein vier (USA, Schweden, Finnland und Frankreich) nur durch **massive Abwertung** ihrer Währungen. Gegenüber dem gesamten **EU-15-Raum** hat **Österreich seit 1964 jährlich 0,2 % an Lohnkostenvorsprung gewonnen**, in den 90er Jahren (1990/2000) sogar 0,9 % p. a.. Einen Rückfall hinter den EU-Trend gab es lediglich in den 70er Jahren (1970/80: -1,3 % p.a.), zufolge des ungewollt erlittenen „Lohnkostendebakels“ von 1975, das aber seither dank einer nahezu perfekten Einkommenspolitik ohne Abwertung mehr als wettgemacht wer-

den konnte. Im Vergleich zur OECD insgesamt kam es wegen des Dollarverfalls langfristig zu einer etwas gedämpfteren, grundsätzlich aber ähnlichen Entwicklung. Die spektakulärsten Erfolge erzielte die heimische Lohnkostenpolitik ausgerechnet gegenüber den ökonomisch potentesten Nationen Deutschland, Japan und der Schweiz, und zwar lang-, mittel und kurzfristig (1964/2000: Deutschland: +0,8 %, Japan: 2,9 %, und Schweiz: +1,9 % p.a.). Etwa im Gleichschritt mit Österreich entwickelten sich die realen Arbeitskosten seit 1964 in Italien, allerdings mit einer währungsbedingten Zäsur um 1970. **Generell befindet sich Österreich derzeit (2000) in der besten Arbeitskostenposition seit der Kamitz – Sanierung in den 50er Jahren**, die sich heute folgerichtig im höchsten realen Marktanteil aller Zeiten für Industriegüterexporte (SITC 5-9) widerspiegelt.

Marktanteile im Warenexport (SITC 0-9)

Tabelle 5

	Anteil am OECD-Export				Gewinn (+) in % p.a.			Index der Marktanteile 1970=100			
	1970	1980	1990	2000	1970-90	1990-00	1970-00	1970	1980	1990	2000
1. Japan	8,7	10,5	11,8	11,94	1,5	0,1	1,0	100	121	136	137
2. Norwegen	1,11	1,5	1,4	1,45	1,2	0,3	0,9	100	135	126	131
3. Österreich	1,29	1,42	1,69	1,59	1,4	-0,6	0,7	100	110	131	123
4. Finnland	1,04	1,15	1,09	1,13	0,2	0,4	0,3	100	111	105	109
5. USA	19,18	17,25	15,4	19,48	-1,1	2,4	0,0	100	90	80	102
6. Niederlande	5,3	6,0	5,42	5,26	0,1	-0,3	0,0	100	113	102	99
7. Italien	5,95	6,29	7,01	5,84	0,8	-1,8	-0,1	100	106	118	98
8. Kanada	7,26	5,49	5,25	6,91	-1,6	2,8	-0,2	100	76	72	95
9. Frankreich	7,99	9,4	8,91	7,42	0,5	-1,8	-0,2	100	118	112	93
10. Deutschland	15,4	15,52	16,68	13,71	0,4	-2,0	-0,4	100	101	108	89
11. Belgien	5,22	5,24	4,84	4,61	-0,4	-0,5	-0,4	100	100	93	88
12. Schweiz	2,31	2,4	2,62	2,01	0,6	-2,6	-0,5	100	104	114	87
13. Vereinigtes Königreich	8,71	8,92	7,62	7,07	-0,7	-0,7	-0,7	100	102	87	81
14. Dänemark	1,51	1,38	1,45	1,19	-0,2	-2,0	-0,8	100	91	96	79
15. Schweden	3,06	2,5	2,37	2,17	-1,3	-0,9	-1,1	100	82	77	71
OECD	100,00	100,00	100,00	100,00	x	x	x	100	100	100	100
EU-15	57,30	60,80	61,20	55,60	0,3	-1,0	-0,1	100	106	107	97

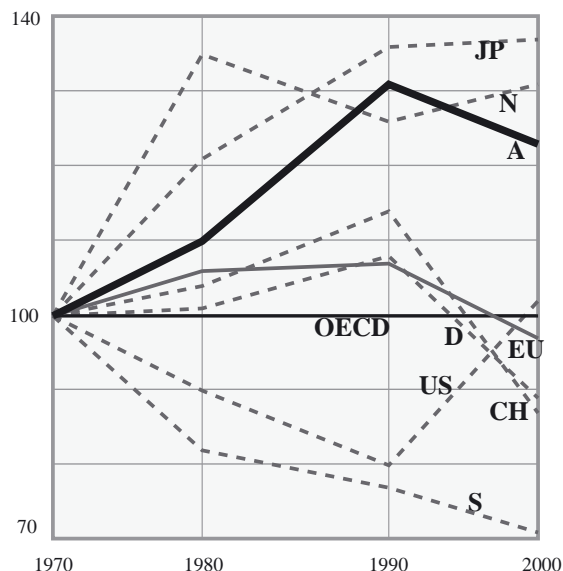
Quelle: OECD

5. b) Marktanteile im Warenexport

Seit Schaffung der europäischen Freihandelszone um 1970 hat sich Österreich im Exportwettbewerb auf den Weltmärkten entscheidend durchgesetzt. **Voraussetzung für diesen Erfolg war einerseits die solide Entwicklung der Lohnstückkosten sowie andererseits ein vergleichsweise überdurchschnittlich effizienter Strukturwandel in Industrie und Gewerbe zugunsten höherwertiger Produkte und Leistungen.** Davon zeugen lang- und mittelfristig profunde Marktanteilsgewinne im Export, vor allem im Vergleich zu den meisten anderen OECD-Ländern. Gemessen am Gesamtexport aller OECD-Staaten hat Österreich seinen Anteil in den letzten drei Jahrzehnten (1970/2000) von 1,29 % auf 1,59 %, d. h. um ein Viertel gesteigert (+23 %, das sind +0,7 % p. a.). Von den hochentwickelten Konkurrenten schafften nur Japan mit +37 % und Norwegen (+31 %) ein noch günstigeres Ergebnis. Mit Ausnahme von Finnland (+9 %) und den USA (+2 %) unterschreiten alle übrigen OECD-Länder ihr Ausgangsniveau von 1970, am empfindlichsten Schweden (-29 %), Dänemark (-21 %), Vereinigtes Königreich (-19 %), Belgien -12 %), die Schweiz (-13 %) und Deutschland (-11 %). Der EU-15-Raum als Gesamtheit gewann bis 1990 gegenüber der OECD mäßig an Boden (+7 %), fiel aber in den 90er Jahren zufolge der die USA und Kanada begünstigenden Währungsverschiebungen wieder unter die Ausgangs-

Marktanteile im Warenexport
1970 = 100

Grafik 4



basis von 1970 zurück. Seit 1990 haben somit nur die USA und Kanada massiv Marktanteile gewonnen, abgesehen von den späten Aufsteigern Irland und Spanien. Finnland, Japan und Norwegen konnten sich gut halten, alle übrigen Länder, haben seit 1990 zum Teil heftige Einbußen erlitten, vor allem die Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien und Dänemark.

Mit der Einführung des Euro können Marktanteils-gewinne oder Verluste zwischen den Euroländern nicht mehr durch Währungsmanipulationen verursacht werden, sodass künftighin eine weitaus stabile-re Entwicklung im Außenhandel absehbar ist. Das bedeutet, dass Österreich seine derzeit hervorragende außenwirtschaftliche Position ohne Bedrohung durch

Währungsturbulenzen festschreiben und weiterent-wickeln kann.

Die fortschrittliche Struktur der österreichischen Exportwirtschaft dokumentiert sich nicht zuletzt an merklich höheren Marktanteilen für Industrie-produkte im engeren Sinn (SITC 5-9; d. h. ohne Roh-stoffe, Energie und Nahrungsmittel). **In dieser spezi-fischen Abgrenzung stieg der Marktanteil Öster-reichs von 1,39 % (1970) und 1,59 % auf 1,84 % im Jahr 1990 und gab infolge der Verschiebungen in der Währungsrelation bis 2000 auf 1,73 % nach.** Preisbereinigt handelt es sich dennoch um den höchsten realen Marktanteil in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte.

III Österreich als Partner in der Wirtschafts- und Währungsunion

Der im Laufe des letzten halben Jahrhunderts erfolgte Aufstieg Österreichs in den engsten Kreis der **reichsten Industrienationen der Welt** manifestiert sich nicht sosehr in einem übermäßig hohen Verbrauchsstandard als vielmehr in einer besonders **eindrucksvollen Produktivitätsleistung**, einer **hohen Sparquote**, einer **kräftigen Sachkapitalbildung** sowie in einer **glänzenden Exportperformance**. Japan, Deutschland, die Schweiz und die USA sowie der EU-Raum insgesamt haben viel von ihrem einstigen Vorsprung eingebüßt.

Für die weitere Entwicklung ist wichtig, dass in Österreich noch eine Produktivitätsschere klafft: Der Produktivitätsfortschritt des weitgehend abgeschirmten **Dienstleistungsbereiches** bleibt nicht nur unter jenem der Industrie deutlich zurück, sondern hinkt diesbezüglich auch relativ stärker nach als in Deutschland und der EU insgesamt. In diesen „geschützten“ Branchen liegen also noch **große Produktivitätsreserven** verborgen, deren Mobilisierung auch der gesamtwirtschaftlichen Produktivität stärkeren Auftrieb gäbe. **So gesehen kann der Ruf nach „Europareife“ nur den geschützten Branchen gelten, denn für die österreichische Industrie ist dieses Schlagwort zum Anachronismus geworden, ist doch Österreich in puncto industrielle Dynamik der EU eindeutig überlegen.**

In den letzten fünf Jahrzehnten gab es nur drei scheinbar bedrohliche **Schwächeperioden**, die in zeitgenössischen Kommentaren jeweils als schwere Strukturkrisen gedeutet wurden, sich aber rückblickend als kurzlebige Anpassungsvorgänge erwiesen haben: die seinerzeit lautstark beklagte „**Wachstumskrise**“ 1964 – 1967 war bloß eine Auswirkung der damaligen EWG-Diskriminierung Österreichs; ihr folgte in den Jahren 1968 – 1973, nicht zuletzt auch dank dem „Big Bargain“, ein gewaltiger Sprung nach vorn. Und die angebliche „**Strukturkrise**“ der **80er Jahre** war ausschließlich eine solche der Ver-

staatlichten Industrie; ihr folgte prompt der zweite große Wachstumsschub (1987 – 1991).

Die Wachstumsschwäche **Mitte der 90er Jahre** (1993 – 1996) ist als „**Anpassungskrise**“ an die Ostöffnung und die österreichische EU-Integration – der EU-Beitritt ist 1995 erfolgt – gesehen worden. Tatsächlich war ein verstärkter Strukturbereinigungsprozess zu verzeichnen, der sich in einer für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Zahl an Insolvenzen manifestiert hat. Im wesentlichen war aber die österreichische Wirtschaft auf die doppelte Herausforderung gut vorbereitet und konnte in den **Reformländern** durch Intensivierung der Handelsbeziehungen und durch ein hohes Volumen an Direktinvestitionen ihre Chancen ebenso nützen, wie sie ihre Leistungsfähigkeit im **EU-Raum** unter Beweis zu stellen vermochte.

Im Rückblick lässt sich feststellen, dass in den 90er Jahren die österreichische Wirtschaft weit mehr durch die Verschiebung der Währungsparitäten (1992 und 1995) betroffen war, als durch strukturelle Defizite; wäre zweite Interpretation zutreffend, hätte die österreichische Wirtschaft nicht zuletzt wieder auf die „Überholspur“ einschwenken und – über den Zeitraum der gesamten 90er Jahre gerechnet – erneut eine überdurchschnittliche Performance erzielen können.

Gerade die Erfahrung der Jahre 1992 und 1995 hat gezeigt, dass für Österreich, als kleine, offene und exportorientierte Volkswirtschaft, die **Einbindung in eine Währungsunion, gemeinsam mit den wichtigsten europäischen Handelspartnern, ein zentrales Anliegen** sein muss. Ein kleines Land ist auf offene Märkte und kalkulierbare Austauschrelationen mit seinen wichtigsten Handelspartnern angewiesen.

Österreich hat durch die seit den 70er Jahren praktizierte Anbindung des Schilling-Außenwerts an die D-Mark, die sich zur Ankerwährung des Europäischen Währungssystems entwickelt hat, Erfahrung mit

Funktion und Konsequenzen einer – informellen – Währungsunion gesammelt. Diese österreichische Währungspolitik wurde und wird nicht nur als überaus erfolgreich angesehen, sondern hat auch als Beispiel für andere Staaten gedient; sie **reduziert die Anpassungserfordernisse** an die Wirtschafts- und Währungsunion, da die ökonomischen Strukturen bereits heute mit den stabilitätspolitischen Anforderungen der Zukunft übereinstimmen.

Insbesondere erwächst für Österreich ein Vorteil daraus, dass die **Sozialpartnerschaft eine tragende Säule der Stabilitätspolitik** und der Anbindung des österreichischen Schillings an die D-Mark gewesen ist; damit ist in Österreich die Voraussetzung für eine produktivitätsorientierte, die Stabilität unterstützende Einkommens- und Beschäftigungspolitik unter den Bedingungen der europäischen Währungsunion gegeben.

Die Teilnahme Österreichs an der WWU bedeutet vielfach eine große Umstellung, die Transformation in einen integralen Bestandteil des Eurosystems bzw. des Europäischen Systems der Zentralbanken gelang – unter kräftiger Mitarbeit der Oesterreichischen Nationalbank – ohne Zweifel problemlos. Österreichs seit Jahren gelebte Stabilitätskultur war für diesen Prozess überaus günstig. Die WWU war in den ersten drei Jahren ihres Bestehens von deutlichen makroökonomischen Erfolgen gekennzeichnet. Das Wachstum fiel höher als in den Jahren davor aus, die Preise blieben weitgehend stabil, die Arbeitslosenquote ging merklich zurück, die Budgetdefizite konnten erheblich reduziert werden, und die für die Konkurrenzfähigkeit erforder-

lichen Strukturreformen zeigten in vielen Branchen Fortschritte. Der gemeinsame Währungsraum hat überdies die wirtschaftliche Konvergenz der teilnehmenden Länder sowie die Integration der europäischen Finanzmärkte forciert – alles zusammen Bedingungen, die auch den Wirtschaftsstandort Österreich für Investoren attraktiver machten. Gerade im Bereich der Kapitalströme verzeichnet Österreich bedingt durch die Währungsunion in den letzten Jahren einen sprunghaften Anstieg, der die weiter steigende Verflechtung Österreichs mit den Weltfinanzmärkten zeigt. Die Direktinvestitionen, sowohl der Österreicher im Ausland als auch der Ausländer in Österreich expandierten auf historische Höchstwerte.

Wie die statistischen Daten zeigen, gründen zahlreiche Industriestaaten ihren Reichtum auf extensive Faktoren, wie hohe Erwerbsquoten, lange Arbeitszeiten, weniger Urlaub und Freizeit, späten Pensionseintritt, usw. nicht jedoch auf eine beeindruckende Produktivität von Arbeit und Kapital; diese ist vielmehr in Österreich höher, und das bei höherer Lebensqualität. Auch die wirtschaftliche Faszination, die seit Generationen von Deutschland ausgegangen ist, verblasst zusehends: sogar unser wohl schon zu Zeiten Maria Theresias entstandener Minderwertigkeitskomplex scheint endlich – mit Recht – zu verschwinden.

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs in den vergangenen fünf Jahrzehnten lässt den Schluss zu, dass dieses Land für Europa viel mehr ist als ein bescheidener quantitativer Beitrag zum gemeinsamen Sozialprodukt.

IV Lebensqualität

Die klassische Wirtschaftstheorie, deren ultima ratio die optimale und gleichzeitige Erfüllung aller Wirtschaftsziele des „**Magischen Fünfecks**“ bedeutete, d.h. hohes **Wirtschaftswachstum**, kombiniert mit **Preisstabilität**, **Vollbeschäftigung**, ausgeglichener **Leistungsbilanz** und im Zyklus ausgeglichener **Staatshaushalt**, ließ übergeordnete Aspekte der Lebensqualität stets außer Betracht. Probleme der **Einkommensverteilung**, der **Lebenserwartung**, der **Gesundheits- und Altersvorsorge** der Gesamtbevölkerung, der **Umweltqualität** und nicht zuletzt der **Kriminalität** waren für die Nationalökonomie kein Thema. Da solche immateriellen Aspekte, insbesondere auch für bereits gesättigte Wohlstandsgesellschaften aber immer mehr Bedeutung gewinnen, ist die enge marktwirtschaftliche Betrachtungsweise nur noch **bedingt aussagekräftig**. Sie bedarf einer zeitgemäßen **Ergänzung** durch **Indikatoren der Lebensqualität**, weil sich langfristig die gesellschaftlichen Prioritäten nachhaltig verschieben.

1. Einkommensverteilung (Tabelle 1)

Die primäre Einkommensverteilung auf dem Markt führt zwangsläufig zu wachsenden Einkommensdifferenzen, die tendenziell **soziale Spannungen** erzeugen. Die Steuer- und Sozialpolitik wirkt dieser Tendenz aber in unterschiedlichem Ausmaß entgegen, wie eine rezente **Verteilungsanalyse der Weltbank** für 130 Nationen mit je mehr als 1,5 Mill. Einwohnern zeigt (siehe Tabelle 1). Trotz mancher dieser schwierigen Materie anhaftenden Fehlerquellen ergeben sich für den **OECD- und EU-Raum** jedenfalls durchaus plausible und überzeugende Schlussfolgerungen. Die **Einkommensungleichheit** steht in einem offenbar untrennbaren inneren Zusammenhang mit der Liberalität der Wirtschaftspolitik. Staaten mit einem ausgebauten **Sozialsystem**, wie ganz **Skandinavien, Österreich, Belgien** oder **Deutschland** belegen (neben Japan) mit Abstand sämtliche **Spitzenränge** bezüglich einer möglichst **egalitären**

Einkommensverteilung

Tabelle 1

	a) Einkommensspanne zwischen unterstem und oberstem Dezil (10%)		b) Wohlstand der „Armen“ BIP pro Kopf der ärmsten 10% (1998)		c) Wohlstand der „Reichen“ BIP pro Kopf der reichsten 10% (1998)	
	Ö = 100		in US\$	Ö = 100	in US\$	Ö = 100
1. Österreich	1:4,4	100	10.010	100	43.890	100
2. Finnland	1:5,2	85	8.510	85	43.780	100
3. Norwegen	1:5,2	85	9.960	99	51.500	117
4. Japan	1:5,4	81	8.600	86	46.400	106
5. Schweden	1:5,4	81	7.210	72	39.170	89
6. Belgien	1:5,5	80	8.690	87	47.430	108
7. Dänemark	1:5,7	77	8.580	86	48.850	111
8. Deutschland	1:6,1	72	7.700	77	47.030	107
9. Italien	1:8,2	54	5.860	59	47.870	109
10. Kanada	1:8,5	52	6.730	67	57.240	130
11. Niederlande	1:8,5	51	6.270	63	53.400	122
12. Spanien	1:9,1	49	4.500	45	40.470	92
13. Schweiz	1:9,9	44	7.720	77	76.130	173
14. Australien	1:10	44	5.030	50	49.920	114
15. Frankreich	1:10	44	5.580	56	55.580	127
16. Vereinigtes Königreich	1:10,3	43	4.950	49	50.980	116
17. Irland	1:11	40	4.580	46	50.250	114
18. USA	1:19	23	4.400	44	83.620	190

Quelle: Weltbank

Einkommensverteilung für die gesamte Bevölkerung. Bemerkenswerterweise nimmt **Österreich** mit seiner **Einkommensschere** zwischen dem „**ärmsten Dezil**“ (10 %) und dem „**reichsten**“ (10 %) von nur **1:4,4** mit klarem Abstand den absoluten **Spitzenrang** ein. Es folgen Finnland und Norwegen (je 1:5,2) Japan und Schweden (je 1:5,4), sowie Belgien (1:5,7) und Deutschland (1:6,1). Am untersten Ende der Rangordnung sind alle Länder mit eingeschränktem öffentlichem Sozialsystem positioniert, wie die Schweiz, Australien, Frankreich und das Vereinigte Königreich (jeweils 1:10) und Irland (1:11). Weit abgeschlagenes „**Schlusslicht**“ unter allen hoch entwickelten Industrienationen sind die **USA** mit einem **Rekordgefälle von 1:19**. Die nahezu perfekte **Korrelation** zwischen Höhe der **Abgabenquote** und einer möglichst gleichmäßigen **Einkommensverteilung** erscheint daher statistisch gut abgesichert. Die **Wohlstandshierarchie** der jeweils „**ärmsten**“ 10 % der Bevölkerung entspricht weitgehend jener der **Einkommensspanne** laut Tabelle 1. Auch in diesem Segment liegen **Österreich** und **Norwegen** an der Spitze, gefolgt von Belgien, Japan, Dänemark und Finnland. Erstaunlicherweise verdient das **unterste Dezil** der **Schweiz** und **Deutschlands** nahezu **ein Viertel weniger** als jenes Österreichs und das **ärmste Dezil** aller **US-Bürger** erreicht nicht ein-

mal annähernd die **Hälfte des österreichischen Niveaus**. Als **Kehrseite der Medaille** liegen hingegen die **obersten Dezile (10 %) der USA und der Schweiz** mit Respektabständen vor der Konkurrenz, bzw. um 90 % (USA) und 73 % (Schweiz) **vor Österreich** und Finnland. Das drittplatzierte **Kanada** liegt demgegenüber nur noch 30% darüber. **Im EU-Raum** streuen diese Kennzahlen indessen eher nur mäßig und zwar zwischen Frankreich (127) und Schweden (89); Österreich =100.

2. Lebenserwartung und Gesundheit

Der wohl umfassendste und statistisch **verlässlichste Indikator** für **Wohlstand** und **Lebensqualität** i.w.S. ist die **Lebenserwartung** der Bevölkerung nicht nur repräsentativ für die **Säuglingssterblichkeit**, den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung, den **Zustand der Hygiene** und der **Umweltqualität** überhaupt, der ausreichenden und **gesunden Ernährung**, einer umfassenden **Kranken- und Altersvorsorge**, sondern auch für die **Unfallsgefährdung** und den Umfang der **Gewaltkriminalität** sowie den **inneren Frieden**.

Im nunmehr abgelaufenen **halben Jahrhundert seit 1950** hat sich die mittlere **Lebenserwartung** in allen

Mittlere Lebenserwartung bei Geburt (in Jahren)

Tabelle 2

	1950		2000		Erhöhung (1950/2000)		pro Dekade	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1. Spanien	59,8	64,3	74,9	82,1	15,1	17,8	3,0	3,6
2. Finnland	58,6	65,9	73,9	81,1	15,3	15,2	3,1	3,0
3. Japan	63,6	67,8	77,4	84,1	13,8	16,3	2,8	3,3
4. Österreich	61,9	67,0	75,4	81,2	13,5	14,2	2,7	2,8
5. Belgien	62,0	67,3	75,3	81,4	13,3	14,1	2,6	2,8
6. Italien	63,7	67,2	75,5	82,0	11,8	14,8	2,4	3,0
7. Frankreich	62,9	68,5	74,8	82,8	11,9	14,3	2,4	2,9
8. Deutschland	64,6 ¹⁾	68,5 ¹⁾	74,7	80,8	10,1	12,3	2,0	2,5
9. Schweiz	66,4	70,9	76,7 ⁽⁹⁹⁾	82,6 ⁽⁹⁹⁾	10,3	11,7	2,1	2,4
10. Irland	64,5	67,1	73,5 ⁽⁹⁸⁾	79,1 ⁽⁹⁸⁾	9,0	12,0	1,9	2,5
11. Australien	66,6	71,6	76,7	82,2	10,1	10,6	2,0	2,1
12. Schweden	68,1	70,6	77,3	82,0	9,2	11,4	1,9	2,3
13. Kanada	66,3	70,8	75,5	81,3	9,2	10,5	1,8	2,1
14. Ver. Königreich	66,2	71,2	75,2	80,0	9,0	8,8	1,8	1,8
15. USA	65,7	71,3	73,9	79,6	8,2	8,3	1,6	1,7
16. Norwegen	70,0	73,5	75,7	81,4	5,7	7,9	1,1	1,6
17. Niederlande	70,6	72,9	75,5	80,9	4,9	8,0	1,0	1,6
18. Dänemark	69,8	72,6	74,8	79,2	5,0	6,6	1,0	1,3

¹⁾ Deutschland-West

Quelle: OECD: "Economic Outlook" (Juni 2001), Stat. Jahrbuch für die BRD (2000)

OECD-Ländern beträchtlich erhöht. Weitaus am stärksten in **Spanien, Finnland, Japan, Österreich, Belgien und Italien.** Im einzelnen stieg sie **seit 1950 für Männer** pro Dekade in **Spanien** um 3,0 Jahre, in **Finnland** um 3,1, in **Japan** um 2,8, in **Österreich** um 2,7, in **Belgien** um 2,6 und in **Italien und Frankreich** um jeweils 2,4 Jahre. **Für Frauen** stieg sie meist stärker u. zwar in **Spanien** um 3,6 Jahre, in **Japan** um 3,3, in **Finnland und Italien** um je 3,0, in **Frankreich** um 2,9, sowie in **Österreich und Belgien** um jeweils 2,8 Jahre. Alle diese Länder zeichnen sich durch eine allumfassende **Alters- und Gesundheitsvorsorge** aus. Die **geringsten Fortschritte** erreichten jene Länder, die schon um 1950 eine vergleichsweise **hohe Lebenserwartung** aufwiesen, wie **Norwegen, die Niederlande, Dänemark und Schweden.** Besonders enttäuschend entwickelte sich hingegen die **Lebenserwartung in den USA,** die unter den 18 wichtigsten OECD-Industrienationen bei den Männern **von Rang 9 (1950) auf den letzten Rang (18.)** und bei den Frauen **von Rang 6 auf den vorletzten (17.)** zurückfielen. **Österreich** verbesserte sich demgegenüber sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen vom **vorletzten 17. Rang (1950) auf eine Position im oberen Mittelfeld.**

Kaum nachvollziehbar erscheint hingegen die schwache Performance der materiell reichen Länder

Dänemark, Norwegen und der Niederlande hinsichtlich ihrer Fortschritte in der Lebenserwartung.

2. a) Gesundheitssystem (Tabelle 2 a)

Gemäß einer repräsentativen **Umfrage der EU-Kommission** für den **EU-Raum** über die generelle **Zufriedenheit** der jeweiligen Bevölkerung mit dem nationalen **Gesundheitssystem** für das Jahr 1998 schneiden jene Länder mit einer lückenlosen öffentlichen Gesundheitsvorsorge besser ab, als jene, die der Privatvorsorge breiteren Spielraum einräumen. Besonders instruktiv sind die abgehobenen **Spitzenpositionen von Finnland, Österreich und den Niederlanden,** wo die allgemeine **Zufriedenheit** mit dem Gesundheitssystem die Unzufriedenheit im gewogenen Ausmaß von **13:1** (Finnland und Österreich) bzw. **11:1** (Niederlande) **weit übertrifft.** Erst mit großem Abstand folgen **Frankreich (6:1) und Belgien (5:1).** Das **Vereinigte Königreich und Schweden** (jeweils 3:1) sowie **Deutschland (2:1)** liegen immerhin noch im Mittelfeld. Sehr enttäuschend ist aber das geringe Ausmaß der Akzeptanz in **Italien,** wo die Ablehnung dreimal so stark ist, wie die Zustimmung. Den **EU-Durchschnitt von 2:1** unterschreiten außer Italien noch Spanien und Irland sowie Griechenland und Portugal beträchtlich.

Individuelle Bewertung des Gesundheitssystems

Repräsentative Umfrage der EU-Kommission 1998

Tabelle 2a

% der Bevölkerung sind	sehr zufrieden	zufrieden	neutral	unzufrieden
1. Finnland	29	49	14	8
2. Österreich	35	36	21	8
3. Niederlande	8	62	23	7
4. Frankreich	11	49	29	11
5. Belgien	10	46	32	12
6. Luxemburg	13	37	35	15
7. Vereinigtes Königreich	13	36	31	20
8. Dänemark	14	34	26	26
9. Schweden	13	33	32	22
10. Deutschland	11	32	29	28
11. Spanien	5	26	40	29
12. Irland	5	19	33	43
13. Italien	1	14	35	50
14. Griechenland	2	9	24	65
15. Portugal	1	5	21	73
EU - 15	9	32	31	28

Quelle: „Eurobarometer 50“, Europäische Kommission

3. Kriminalität (Tabelle 3)

Das Ausmaß der Kriminalität in der Gesellschaft schafft eine Atmosphäre der individuellen **Unsicherheit** und mindert die allgemeine Lebensqualität nicht unerheblich. Offenbar besteht eine **Wechselwirkung** zwischen **Einkommensverteilung** und **sozialer Sicherheit** einerseits und der **Kriminalität** andererseits. Wie eine neue internationale **Kriminalstatistik** des „Londoner Home Office“, („International comparison of criminal justice statistics 1999“), ausweist, sind, gemessen an der Zahl der **Häftlinge** in Gefängnissen je 100.000 Einwohner, abgesehen vom Sonderfall Japan, alle **skandinavischen Länder** mit hohen Steuer- und Sozialabgaben und egalitärer Einkommensverteilung in den **günstigsten Positionen**. Demgegenüber muß vor allem die **angelsächsische Welt (Australien, Kanada und Vereinigtes Königreich)**, vor allem aber die **USA** **hohe Häftlingszahlen** in Kauf nehmen. Der **Extremfall USA** weist z.B. eine **achtmal** so hohe **Häftlingsdichte** auf wie **Österreich und die EU** insgesamt. Das **Vereinigte Königreich** und **Kanada** kommen indessen nur auf das **1,5fache**.

Österreich (100) liegt ziemlich genau im **Mittelfeld** (EU = 102, Deutschland 114, Schweiz 95).

Differenziert man die Kriminalität nach den für die Privatsphäre **sensibelsten Kategorien** wie **Mord und Totschlag, Wohnungseinbruch und Autodiebstahl**, dann liegt **Österreich** in allen drei Fällen mit großen Abständen in der **besten Position** überhaupt. Die **Gewaltverbrechen** mit Todesfolge (Österreich = 100) sind nur in **Norwegen** (101) und in **Japan** (124) **ähnlich niedrig**. In der **Schweiz** (140), in **Dänemark** (143) und in **Deutschland** (152) sind sie bereits um rund **die Hälfte höher**, in der **EU insgesamt** (202) **doppelt** und in den **USA sogar siebenmal so hoch**. Noch deutlicher sind die Abstände beim **Wohnungseinbruch**. Auch diesbezüglich liegt **Österreich** (100) vor **Japan** (132) **auf Rang 1**. Dahinter folgen Finnland und Schweden (je 138) sowie Deutschland (141), Spanien (148) und Portugal (159). In allen übrigen Ländern überschreitet die Einbruchskriminalität bereits ein **Mehrfaches** der österreichischen Kennzahl. In Italien, Irland, Belgien und den Niederlanden auf das 3- bis 4fache, sowie in Kanada, USA, Vereinigtes Königreich und

Kriminalität (Durchschnitt 1997/99)

Tabelle 3

	Zahl der Häftlinge 1999		Mord & Totschlag		Wohnungseinbruch		Auto-Diebstahl	
	je 100.000 Einw.	Ö=100	je 100.000 Einw.	Ö=100	je 100.000 Einw.	Ö=100	je 100.000 Einw.	Ö=100
1. Japan	43	51	1,04	124	189	132	553	1113
2. Finnland	46	54	2,55	304	197	138	504	1014
3. Norwegen	56	66	0,85	101	336	235	470	946
4. Schweden	59	69	1,94	231	198	138	876	1763
5. Dänemark	66	78	1,2	143	(1974) ¹⁾	(1380) ¹⁾	709	1427
6. Griechenland	72	85	1,69	201	(394) ¹⁾	(276) ¹⁾	68	136
7. Irland	72	85	1,35	161	443	310	380	765
8. Belgien	80	94	1,75	208	612	428	351	706
9. Schweiz	81	95	1,18	140	(1136) ¹⁾	(794) ¹⁾	x	x
9. Niederlande	84	99	1,66	198	606	424	846	1702
10. Österreich	85	100	0,84	100	143	100	50	100
11. Italien	89	105	1,56	186	416	291	524	1054
12. Frankreich	91	107	1,63	194	340	238	683	1374
13. Deutschland	97	114	1,28	152	202	141	200	402
14. Australien	108	127	1,91	227	(1522) ¹⁾	(1064) ¹⁾	697	1402
15. Spanien	111	131	2,6	310	212	148	342	688
16. Kanada	123	145	1,85	220	719	503	556	1120
17. Ver. Königreich	123	145	1,57	187	928	649	721	1450
18. Portugal	131	154	1,39	165	227	159	261	525
19. USA	682	802	6,26	745	849	594	461	928
EU-15	87	102	1,70	202	x	x	x	x

1) Einschl. Ferienhäuser, Geschäfte und Lokale

Quelle: Home Office Statistical Bulletin London: „International Comparison of criminal justice statistics 1999“

der Schweiz auf das 5- bis 8fache, wobei zum Teil allerdings auch Einbrüche in Geschäftslokalen und Ferienhäusern erfasst sein können, wodurch die Vergleichbarkeit möglicherweise leidet. Besonders dramatisch streuen im internationalen Vergleich vor allem die **Autodiebstähle**. Vernachlässigbar sind diese nur in **Österreich** (100) und in **Griechenland** (136). In **Deutschland** sind sie bereits 4 mal so hoch und in Portugal, Spanien, Belgien, Irland, USA und Norwegen erreichen sie bereits das 5- bis 9fache. In allen anderen Vergleichsländern reicht die Spanne sogar vom 10fachen (Finnland) bis zum 18fachen (Schweden) der österr. Kennzahl. Der Verdacht eines weit verbreiteten Versicherungsbetruges durch die organisierte internationale Kriminalität erscheint naheliegend. Faßt man die für die Privatsphäre sensibelsten Bereiche der Kriminalität zusammen, dann ist die **persönliche Sicherheit** am besten garantiert in **Österreich, Deutschland und Japan**, gefolgt von Portugal, Norwegen, Griechenland, Irland und der Schweiz. Demgegenüber leidet vor allem der gesamte **angelsächsische Raum** (Kanada, USA, Vereinigtes Königreich und Australien), sowie kaum erklärlich auch Dänemark, Schweden, Niederlande an vergleichsweise **hoher Kriminalität**.

4. Umweltqualität (Tabelle 4a, 4b, 4c)

Die Industrialisierung der Weltwirtschaft führte im 20. Jahrhundert zwar zu unangeahnten Wohlstand der Industrienationen, sie hatte aber gleichzeitig negative Folgen für die Umweltqualität. Die industriellen **Abgase und Abfälle** und Abwässer **verschlechterten** fast ungebremst die **Reinheit von Luft und Wasser** und bedrohten Wälder und natürliche Landschaften und damit die Lebensqualität des Menschen. Die Gegenbewegung setzte erst relativ spät ein und erfordert gewaltige Anstrengungen zur Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung oder Verwertung, sowie zum Lärmschutz und zur Kanalisierung zwecks Abwässerreinigung (Kläranlagen). Die Erhaltung einer gesunden Umwelt ist sehr kostspielig und obliegt weitgehend der öffentlichen Hand. Wie erfolgreich die **Umweltpolitik der EU** seit 1980 ist,

Schadstoffemissionen 1998

Tabelle 4a

Emissionen von SO₂, NO, NO₂ und NMVOC

	in Kg je Einwohner	Österreich =100
1. Niederlande	55	98
2. Österreich	56	100
3. Deutschland	59	105
4. Frankreich	75	134
5. Belgien	75	134
6. Luxemburg	79	141
7. Schweden	83	148
8. Italien	83	148
9. Dänemark	83	148
10. Vereinigtes Königreich	87	155
11. Finnland	100	179
12. Portugal	110	196
13. Spanien	111	198
14. Irland	112	200
15. Griechenland	125	223
EU - 15	80	143

Quelle: OECD, Statistik Austria

Treibhausgasemissionen 1998

Tabelle 4b

	CO ₂ - Emissionen		Veränderung 1980/98	
	Tonne je Einw.	Ö. =100	in %	in % p.a.
1. Portugal	5,5	59	17,8	0,9
2. Schweden	6,4	68	0,7	0,0
3. Frankreich	6,4	69	1,0	0,0
4. Schweiz	6,6	70	x	x
5. Spanien	6,9	74	19,4	1,0
6. Italien	7,8	84	4,6	0,3
7. Griechenland	8,4	90	15,0	0,8
8. Österreich	9,3	100	4,1	0,2
9. Norwegen	9,4	101	x	x
10. Ver. Königreich	9,5	102	-9,5	-0,6
11. Japan	9,7	104	x	x
12. Irland	10,5	112	19,1	1,0
13. Deutschland	11,1	118	-15,8	-1,0
14. Dänemark	12,0	129	8,7	0,5
15. Finnland	12,6	134	5,8	0,3
16. Niederlande	12,6	135	8,1	0,4
17. Belgien	13,1	140	6,3	0,3
18. Australien	16,5	177	x	x
19. Kanada	16,9	181	x	x
20. USA	20,3	217	*	x
21. Luxemburg	21,4	228	x	x
EU - 15	9,0	96	-2,5	-0,1

Quelle: OECD; Statistik Austria

ergibt sich hinsichtlich der Luftqualität aus der Tabelle 4a. Danach erreichte die **Schadstoffbelastung der Luft** mit SO₂, NO, NO₂ und NMVOC im EU-Durchschnitt **80 kg je Einwohner** im Jahre 1998. Im einzelnen weisen die **Niederlande** (55 kg),

Wasserqualität

Tabelle 4c

Entnahme nach Herkunft 1999

	Grundwasser %	Oberflächenwasser %
1. Dänemark	97	3
2. Portugal	57	43
3. Griechenland (95)	40	60
4. Schweiz	34	66
5. Österreich	30	70
6. Niederlande (95)	25	75
7. Schweden (95)	24	76
8. Italien (85)	23	77
9. Frankreich	20	80
10. Norwegen (85)	20	80
11. Irland (95)	19	81
12. Deutschland (95)	18	82
13. Vereinigtes Königreich	16	84
14. Spanien	14	86
15. Finnland	12	88
16. Belgien	9	91

Quelle: Eurostat: „Statistik kurz gefasst“: „Umwelt und Energie“, Thema 8 - 6/2001

Österreich (56 kg) und **Deutschland** (59 kg) die weitaus **besten Werte** auf, Portugal (110 kg), Spanien (111 kg), Irland (112 kg) und Griechenland (125 kg) die schlechtesten Werte. Noch folgenswerer erscheint indessen die permanente **Belastung der Atmosphäre mit dem Treibhausgas CO₂** (s.Tab. 4b), die das Ozonloch erweitert und langfristig zur Erderwärmung mit unabsehbaren Folgen für Küsten und Meere führt. Die Streuung unter den Verursachern dieser Luftverschmutzung ist verhältnismäßig groß. Relativ am **geringsten** sind die **CO₂ Emissionen** (je Einwohner, Österreich = 100) in Portugal (59), Schweden (68), Frankreich (69), der Schweiz (70) und Spanien (74). Hingegen belasten die Niederlande (135), Belgien (140), Australi-

en (177), Kanada (181) und vor allem die USA (217) den Luftraum mit Treibhausgasen **doppelt bis viermal** so stark wie die Vorbilder. Was die **Veränderung der CO₂-Belastung seit 1980** betrifft, so gelang es nur zwei Ländern, nämlich **Deutschland** (-1,0% p.a.) und dem **Vereinigten Königreich** (-0,6% p.a.) diese **Emissionen** deutlich zu **verringern**, wobei vor allem in Deutschland der Zusammenbruch der ostdeutschen Schwerindustrie umweltschonend wirkte. Ähnliches gilt für das Vereinigte Königreich. Stabilisiert hat sich die Treibhausbelastung in Frankreich und Schweden und nur leicht zugenommen hat sie in **Österreich (+0,2% p.a.)**, Italien, Finnland und Belgien (jeweils +0,3%).

Hinsichtlich der **Wasserqualität** ist die Verteilung der Wasserentnahme nach der Herkunft laut Eurostat besonders instruktiv. Demnach sind **jene Länder qualitativ im Vorteil**, die ausreichend über **Quell- und Grundwasser** verfügen, gegenüber jenen, die alternativ stärker auf gereinigtes Oberflächenwasser angewiesen sind. Für 1999 ergab sich dabei folgende Rangordnung (siehe Tabelle 4c). Fast ausschließlich über Grundwasser kann nur Dänemark (zu 97%) verfügen, aber auch Portugal (57%) ist ausreichend versorgt. Alle übrigen Länder sind im wachsenden Ausmaß auf Oberflächenwasser, das i.d.R. erst einem intensiven Reinigungsprozeß unterzogen werden muss, angewiesen. In einer ziemlich komfortablen Position befinden sich weiters Griechenland (40%), die Schweiz (34%) und Österreich (30%). Deutschland (18%) und das Vereinigte Königreich (16%) müssen sich mit einem Sechstel des Bedarfes an Grundwasser begnügen, Spanien, Finnland und Belgien mit noch geringeren Anteilen.

Zusammenfassung

Zu Beginn des 3. Jahrtausend kann Österreich in seinen heutigen Grenzen auf die seit 1950 in jeder Hinsicht erfolgreichste Epoche aller Zeiten zurückblicken. Dank höchster Produktivität und gesellschaftspolitischer Eintracht sowie seinem hohen Humankapital gelang nicht nur der wirtschaftliche Durchbruch von einer vergleichsweise ärmlichen Position als Nachzügler in die oberste Spitzengruppe der hochentwickelten Industrienationen, sondern darüber hinaus die optimale Verwirklichung aller übrigen klassischen Wirtschaftsziele wie Vollbeschäftigung, relative Preisstabilität, gute Leistungsbilanz und problemloser Staatshaushalt. Kurzlebige, meist innenpolitisch überdramatisierte Schwächephasen in einzelnen Teilbereichen, erwiesen sich im langjährigen Rückblick stets als imaginäre Seifenblasen, weil man die Selbstheilungskraft der „Wachstumsdividende“ eines im Grunde kerngesunden Wirtschaftssystems sträflich unterschätzte. Die wenigen Länder, die heute noch Österreich leicht an Wirt-

schaftskraft übertreffen, schaffen dies nur auf Kosten der Lebensqualität durch höhere Erwerbsquoten, längere Lebensarbeitszeiten und weniger Freizeit, wie vor allem die USA, Kanada, die Schweiz und die Niederlande, oder auch durch Ölvorkommen (Norwegen). Nicht aber, abgesehen von den USA, durch höhere Produktivität.

Der einzigartige Wirtschaftserfolg dieses Landes kulminiert darüber hinaus in einer einmalig hohen Lebensqualität. Gemessen an der sozialen Akzeptanz der Einkommensverteilung, der Lebenserwartung, der Alters- und Krankenvorsorge, der Umweltqualität und der vergleichsweise beneidenswert niedrigen Kriminalität scheint hierzulande im Verlauf des 20. Jahrhunderts die „Quadratur des ökonomischen und gesellschaftspolitischen Kreises“ in einem Maße gelungen zu sein, das kritischen Zeitgenossen allen Wind aus den Segeln nehmen sollte.

Notizen

■ *Ein halbes Jahrhundert des Erfolges*

Notizen



Finanznachrichten Sondernummer

Ein halbes Jahrhundert des Erfolges
Der ökonomische Aufstieg Österreichs seit 1950

bearbeitete Neuauflage 2002